



Fotonachweis (v. l.): die.tine, flubbelempire, dedrainte / flickr.com

# BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Jahrestagung des Deutschen Landkreistags:

## Mehr Spielraum für Kommunen!

Die angespannte Finanzlage der Kommunen und die Zukunft der Jobcenter zählen zu den Hauptthemen der Jahrestagung des Deutschen Landkreistages in Ludwigsburg. Das Treffen von 150 Landräten aus ganz Deutschland erinnerte zudem an die Gründung des gesamtdeutschen Landkreistages vor 20 Jahren.

Vor dem Hintergrund der hohen Verschuldungsstände von Bund, Ländern und Kommunen hat der Deutsche Landkreistag mit Blick auf den drohenden finanziellen Kollaps von Städten, Kreisen und Gemeinden dafür geworben, bundesgesetzlich vorgegebene Aufgaben weniger durchzunormieren und den Kommunen auch zu ermöglichen, von Standards abzuweichen. Dazu der in seinem Amt bestätigte Präsident Landrat Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz): „Erschließen wir nicht erhebliche Gestaltungsspielräume auf der Ausgabenseite der Kommunen, werden wir mit den kommunalen Finanzen den Bach runtergehen.“

### Schuldenbremse

Zudem müssten sich Bund und Länder wieder mehr aus der Durchnormierung kommunaler Selbstverwaltungsaufgaben zurückziehen. Gleichzeitig würden Einnahmen benötigt, „die unsere Ausgaben decken“. Generell seien die Bundesländer zudem in der Pflicht, die vorgesehene Schuldengrenze so umzusetzen, dass die Kommunen infolge des Verschuldungsverbots der Länder nicht ihrerseits in die Verschuldung getrieben werden.

Duppré machte deutlich, dass der Deutsche Landkreistag die mit der Föderalismusreform vereinbarte Schuldenbremse nachdrücklich begrüße: „Das war ein richtiger und längst überfälliger Schritt, um die öffentlichen Haushalte nicht vollends aus dem Ruder laufen zu lassen. Wir hätten uns allerdings gewünscht, wenn zu ihrem eigenen Schutze auch die Kommunen unmittelbar in die Verschuldungsbegrenzung aufge-

nommen worden wären. Das hätte aus kommunaler Sicht den wirksamsten Schutz vor dem möglichen Wegdrücken von Lasten der Länder auf die Kommunen geboten.“

### Konsolidierungsprobleme

Der Präsident äußerte angesichts des starken Druckes auf die Kommunalfinanzen infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise die große Sorge, dass die Länder ihre eigenen Haushaltsnöte womöglich auf Kosten der Kommunen lösen wollten. „Die Länder dürfen sich nicht durch Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich selbst einen schlanken Fuß machen, wenn sie damit gleichzeitig die kommunale Ebene in unausgeglichene Haushalte treiben.“ Dies gelte insbesondere für die Länder, die Konsolidierungshilfen erhalten. Anderenfalls würde die Konsolidierung auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen und die öffentliche Verschuldung insgesamt nur verlagert, nicht aber zurückgeführt.

Duppré mahnte, dass es an der Zeit sei, den Kommunen angesichts weg brechender Steuerentnahmen und sinkender Zuweisungen und der immer problematischer werdenden Finanzsituation (Fortsetzung auf Seite 3)



Jahrestagung des Deutschen Landkreistags (v. r.): DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppré, DSGV-Präsident Heinrich Haasis, DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke und DLT-Vizepräsident Landrat Theo Zellner.

### Bayerische Sozialpolitik:

## Sozial handeln, Werte leben

Jahrespressekonferenz in München  
 Ministerin Haderthauer: Leitlinien für die Zukunft

„Wie unsere Gesellschaft in zehn oder zwanzig Jahren aussieht, hängt davon ab, welche Menschen sie prägen werden“, betonte Sozialministerin Christine Haderthauer bei der Jahrespressekonferenz in München. Bei den Themen Arbeit und Soziales, Familie und Frauen müsse das „Zukunftsministerium“ heute die Weichen stellen, „damit es sich in Bayern auch morgen gut leben lässt und der Freistaat sein wirtschafts- und familienfreundliches Gesicht behält“.

„Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist und bleibt auch im nächsten Jahr die wichtigste Herausforderung für die Bayerische Arbeits- und Sozialpolitik“, konstatierte Haderthauer. „Mit vereinten Anstrengungen und nicht zuletzt aufgrund des großen Engagements der Unternehmen“ sei es gelungen, den Anstieg der Arbeitslosigkeit verhältnismäßig gering zu halten. In diesem Zusam-

menhang hob die Ministerin vor allem die verantwortungsbewusste Unternehmensführung vieler bayerischer Mittelständler hervor. Die Bereitschaft zu nachhaltigem Denken, hoher Standorttreue und einem Werte gebundenen Management sowie das Bemühen um sozial verträgliche Lösungen in schweren Zeiten zeigten, „dass der bayerische Mittelstand seine soziale Verantwortung auch in einer verlässlichen Arbeitgeberfunktion und hohen Ausbildungsberufsbereitschaft sieht“. Wo Arbeitnehmer und Arbeitgeber Leistungsbereitschaft und ein soziales Miteinander pflegten, könnten die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die zuvorderst durch Maßlosigkeit und Verantwortungslosigkeit hervorgerufen worden seien, am ehesten bewältigt werden.

### Schwieriger Berufseinstieg

Vor allem die Jugendlichen seien hier besonders gefordert, „denn sie müssen heutzutage sehr viel mehr Durchhaltevermögen an den Tag legen, um in der Arbeitswelt Fuß zu fassen, als das in wirtschaftlich guten Zeiten der Fall ist“, erklärte Haderthauer. Ein gelungener Start in das Arbeits- und Berufsleben sei für Jugendliche die Bedingung für langfristige gute Berufschancen und eine gute Lebensperspektive. Bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen werde die Wirtschaft vielfältig unterstützt. Im Rahmen des Förderprogramms der Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit (AJS) würden sozial benachteiligte junge Menschen, die nicht mehr schulpflichtig sind, nachhaltig in das Erwerbsleben eingegliedert. (Fortsetzung auf Seite 4)

Interview mit Dr. Siegfried Naser:

## Letzter Dienst an den Sparkassen

Der Geschäftsführende Präsident des Bayerischen Sparkassenverbandes beendet sein Amt Ende Februar

Der Vorstand des Sparkassenverbandes Bayern hat sich in seiner Sitzung am 12. Januar 2010 mit Dr. Siegfried Naser darauf verständigt, dass er zum 28. Februar 2010 seine Aufgaben als Geschäftsführender Präsident des Sparkassenverbandes Bayern niederlegt. Der Vorstand des Sparkassenverbandes würdigte nachdrücklich die Leistungen von Dr. Naser in den neun Jahren und fünf Monaten an der Spitze des Sparkassenverbandes Bayern. Zu diesem Anlass führte die Gemeindezeitung ein ausführliches Interview mit Dr. Siegfried Naser.

**GZ:** Wir haben jetzt Ihre Arbeit über 30 Jahre in Bayern begleitet. Warum jetzt dieser rasche Abgang?

**Naser:** Nun, ich hätte sehr gerne bis zum 65. Lebensjahr – also noch sechs Jahre – weitergearbeitet. Ich hatte auch gedacht, dass ich mit meiner jahrzehntelangen Erfahrung gerade in dieser Weltfinanzkrise einiges dazu beitragen kann, um die Probleme bewältigen zu können. Ein Teil der Sparkassen und Kommunen hat dies aber anders gesehen und

zugestimmt. Mich machen die Ereignisse um die HGAA sehr betroffen, aber deswegen wäre ich nicht zurückgetreten.

**GZ:** Ein Jahr Kritik in einzelnen Medien. Hat das nicht auch Ihre Entscheidung beeinflusst?

**Naser:** Nein, zumal teilweise die Kampagne ja offenkundig falsch war. Man stürzt auch nicht über Zeitungsartikel oder Gegner von außerhalb. Jeder der an der Spitze einer großen Organisation steht, muss aber gehen, wenn sich auch nur Teile der eigenen Organisation abwenden und ein Streit innerhalb der Gruppe droht. (Fortsetzung auf Seite 4)



Dr. Siegfried Naser.

ich wollte Streit und Uneinigkeit zwischen den Sparkassen in einer Weltfinanzkrise vermeiden. Deshalb mein Rücktritt.

**GZ:** Das Rücktrittsmotiv ist also nicht der Kauf der Hypo Group Alpe Adria, sondern die Geschlossenheit der Sparkassen?

**Naser:** Richtig. Den Kauf der Hypo Group Alpe Adria haben sehr viele für richtig gehalten und letztlich haben sogar alle Sparkassen und Kommunen Bayerns einstimmig einer Kapitalerhöhung in Höhe von 250 Millionen Euro zum Kauf der HGAA



Hierzulande scheint es immer mehr zu einem Problem unseres Lebensstils zu werden, dass wir den Winter nicht mehr akzeptieren und uns mit ihm nicht arrangieren wollen. So wird ein normaler Kälteeinbruch schnell mal zur „Schneekatastrophe“. Der städtische Räumdienst weiß davon ein Lied zu singen, berichtet die Vorzimmerperle. Seite 11

### Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2010:

## Jugend auf dem Land

Die Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen gefährdet die Entwicklung ländlicher Regionen. „Ländliche Räume haben nur eine Zukunft, wenn sie der Jugend Chancen und langfristige Perspektiven bieten“, stellte Bundesagrarministerin Ilse Aigner beim 3. Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2010 auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin fest. Die Veranstaltung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) hat sich erfolgreich als Forum des Austausches, der Ideen und Informationen etabliert.

„Junge Leute prägen durch ihre Vitalität und Spontaneität das dörfliche Leben und können wichtige Impulse geben, um den ländlichen Raum für die nachfolgende Generation attraktiv zu gestalten. Ihre Meinung ist uns daher wichtig“, hob Aigner bei der Hauptveranstaltung hervor. Sie zeigte sich erfreut über die rege Beteiligung am Jugendwettbewerb „Ideen säen – Zukunft ernten“, deren Preisträger sie für herausragende Beiträge auszeichnete. Die Preise gingen an Schüler aus Ansbach, Bayreuth und Königsmoos (Landkreis Neuburg-Schrobenhausen), sowie aus Bismengen, Wernigerode, Tiddi-

sche, Wanzleben, Holzminde, Oberkrämer und Rockenhausen.

### Stärkere Einbindung

Insbesondere die kommunalen Entscheidungsträger hätten eine besondere Verantwortung gegenüber jungen Menschen. „Sie sollten junge Leute stärker in Entscheidungsprozesse einbinden“, forderte Aigner. Auf dem Land seien Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung besonders gefragt. Diese Eigenschaften stellten das wichtigste Kapital für die Zukunft in ländlichen (Fortsetzung auf Seite 3)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

### Sie lesen in dieser Ausgabe

Alle wollen näher zum Bürger	Seite 2
Untersuchungsausschuss geht ans Werk	2
<b>GZ-Kolumne Heinrich Lenz: Ein Umdenken in der Baupolitik ist überfällig</b>	<b>3</b>
Koalitionsvertrag schützt öffentliche Leistung der Daseinsvorsorge	3
<b>GZ-Fachthemen: Kommunalfinanzen</b>	<b>5-7</b>
<b>Kommunales Bauwesen</b>	<b>8</b>
<b>Wasser - Abwasser</b>	<b>9</b>
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

# Alle wollen näher zum Bürger

Landtagsfraktionen legen Marschroute für das Jahr 2010 fest  
Keine Personaldiskussion in der CSU

Mit dem erklärten Willen, die Politik künftig näher an der Basis, in den Kommunen und damit bei den Bürgern zu gestalten, sind die Landtagsfraktionen nach der Weihnachtspause ins Maximilianeum zurückgekehrt. In den traditionellen Klausuren haben CSU und FDP zwar ihre Treue zum Koalitionsvertrag bestätigt, aber gleichzeitig ihr eigenes Profil zu schärfen versucht. Die Oppositionsfraktionen setzen dem eigene Akzente entgegen und sehen insbesondere die CSU als unfähig zu neuer Politik, wobei das Milliardenesaster um die BayernLB und deren Tochter Hypo Group Alpe Adria (HGAA) eine große Rolle spielt. Bei den Sachthemen besteht Einigkeit: Familie, Schule und Bildung, Stärkung der Wirtschaft vor allem im ländlichen Raum sowie Schutz der kommenden Generationen vor zu hoher Schuldenlast.

„Wir werden weiter schwer ackern müssen“, fasste Ministerpräsident Horst Seehofer in Wildbad Kreuth zusammen, wo die CSU wieder ihre Klausur hatte. Angesichts einer aktuellen Umfrage des Bayerischen Rundfunks mit dem Sturz der größten Volkspartei auf 41% (Landtags-

Der Ausblick auf 2010 und 2011, den Finanzminister Georg Fahrenschon gab, ging von einer vorsichtig wachsenden Erholung aus der Krise der vergangenen Jahre aus. Das Schlimmste sei überwunden, doch nur eiserne Sparsamkeit werde zum schritt-

der HGAA in einem Untersuchungsausschuss zu durchleuchten; und das ohne Ansehen der Person, wie es Ministerpräsident Seehofer mehrfach betont hat. „Die Menschen erwarten, dass wir in die Zukunft blicken und nicht in die Vergangenheit“, haben Seehofer und Schmid ihr Leitmotiv der Politik umrissen.

In der Frage der Stärkung des ländlichen Raumes gab es eine Kontroverse. Alexander König, einer der stellvertretenden CSU-Fraktionsvorsitzenden, erwartet „konkrete Aktivitäten und schnellere Ergebnisse vom FDP-geführten Staatssekretärsausschuss“. Es gehe um weitere Behördenverlagerungen in von Abwanderung besonders betroffene Regionen, um echte Subsidiarität auf allen Verwaltungs- und Entscheidungsebenen, um schnelleren Ausbau des Breitbandnetzes und um die gewerbliche Investitionsförderung.

Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hesse (FDP) wies die Kritik als Vorsitzende des Ausschusses „vehement zurück“. Man konzentriere sich im Arbeitsprogramm 2010 auf zehn vordringliche Themen, darunter Schulversorgung, Stärkung der Innenstädte und Ortskerne, Tourismus und interkommunale Zusammenarbeit. Das Programm stehe monatlich auf der Tagesordnung des Kabinetts.

## Soziale Zukunft

Für die SPD ist die Koalition vor allem wegen der Handlungsunfähigkeit der CSU nicht in der Lage, die Probleme nachhaltig anzugehen und zu lösen. Fraktionschef Markus Rinderspacher legte in der Klausur in Kloster Irsee ein umfassendes Arbeitsprogramm für heuer vor, um „Bayern sozial in die Zukunft zu führen“. Die Schwerpunkte sind die gleichen wie im Konzept der Koalition. Wegen des Versagens der CSU in der Aura Stoiber/Beckstein, deren Rolle im HGAA-Skandal noch durchleuchtet werden müsse, sei es jedoch notwendig, „den Gürtel enger zu schnallen“. Haushaltssprecher Volkmar Hartleb errechnete für den Nachtragshaushalt 2010 ein Defizit von 1,673 Mrd. Euro.

weisen Wiederaufstieg führen. Die 3,7 Mrd. Euro, die derzeit als Verlust aus dem HGAA-Kauf 2007 errechnet wurden, spielen demnach zwar eine Rolle, werden jedoch den Nachtgeset 2010, der demnächst dem Landtag vorgelegt wird, nicht von der „schwarzen Null“ in puncto Neuverschuldung abbringen.

In der FDP, deren Klausur als letzte erst nach denen der vier anderen Fraktionen im Kloster Benediktbeuern stattfand, wurde das entsprechend interpretiert, aber auch der Trennungsstrich zur CSU-Alleinregierung deutlich gezogen. Verabschiedet wurde ein Strategiepapier, das die „gesellschaftliche Verankerung der FDP als politische Kraft für ganz Bayern“ in den nächsten Jahren zum Ziel hat. Übereinstimmung mit CSU und Opposition kam darin zum Ausdruck, alle Vorgänge von der politischen bis zur strafrechtlichen Verantwortung für den Kauf

Die Bürger und Leistungsträger müssten mit Einschränkungen und zum Teil drastischen Kürzungen für die CSU-Politik büßen.

Angesichts der in der BR-Umfrage ermittelten anhaltenden Schwäche der SPD in Bayern (17% nach 19,6% bei der Landtagswahl 2008 und 16,8% bei der Bundestagswahl 2009) will die gerade noch größte Oppositionspartei (nur mehr zwei Prozentpunkte vor den Grünen) gleichfalls den Kontakt zu den Bürgern suchen. Rinderspacher hat ein Programm mit über 200 Terminen, einschließlich Radrundfahrten, für die 39 Abgeordneten vorgelegt. Die Abgeordnete und Generalsekretärin Natasa Kohnen sprach von „viel Konfliktpotential“ und „schmerzhaften Entscheidungen“. Es gelte, neue Impulse aufzunehmen.

## Premium-Opposition

Die Grünen fühlen sich hingegen mit ihren 15% in der Umfrage als Premium-Opposition bestätigt und sahen sich in ihrer Schweinfurter Klausur ermutigt, ihren Weg weiterzugehen. Die Schwerpunkte der Industrie- und Gesellschaftspolitik seien untrennbar verknüpft mit Ökologie und Umweltschutz. Die CSU/FDP-Regierung aber halte an der Atomenergie wie auch am Donauausbau und der dritten Startbahn des Münchner Flughafens fest. Infolge Versagens der CSU-Alleinregierungen pfeife Bayern im Etat aus dem letzten Loch, befand Finanzsprecher Thomas Mütze. Die schwarze Null sei nur noch ein Haushaltstrick. Bald seien die letzten Reserven und Immobilien verbraucht oder verkauft. Seehofers Regierung sei auch verantwortlich, dass die kommunalen Haushalte wegbrechen.

Die Freien Wähler schlugen in ihrer Klausur in Bischofsreut (Lkr. Freyung-Grafenau) in die gleiche Kerbe: Das Land und seine Kommunen dürften wegen der Auswirkungen der CSU-Parteibuchwirtschaft nicht kaputt gespart werden. Man habe sich vor Ort sehr intensiv über die Probleme des strukturschwachen ländlichen Raumes informiert. Deshalb forderte die Fraktion, den Kommunalanteil am Steuerverbund von 12% auf 12,5% zu erhöhen. Der Erhalt von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum müsse durch höhere Mittel der regionalen Wirtschaftsförderung und den überfälligen Breitbandnetz-Ausbau erreicht werden. Generell sei das Landesentwicklungsprogramm dem anzupassen.

Zum Abrutschen der Freien Wähler von 10,2% bei der Landtagswahl auf jetzt 6% meinte Fraktionschef Hubert Aiwanger,

vor und zwischen Wahlen würden die Freien Wähler immer wesentlich geringer eingeschätzt. „Wir definieren uns nicht als Partei im klassischen Sinn, sondern sehen uns als Interessenvertreter des Bürgers mit einem Schwerpunkt Kommune.“ Im Landtag verstehen sich die Freien Wähler weiter als „Brückenpartei“ zwischen Koalition und Opposition. **rm**

## Kauf der Hypo Group Alpe Adria:

# Untersuchungsausschuss geht ans Werk

Im Landtag sind alle Fraktionen einig im Ziel, aber uneins in der Stoßrichtung

Die fünf Landtagsfraktionen sind sich trotz kontroverser Stoßrichtung einig, in größtmöglicher Offenheit aufzuklären, wie es 2007 zum Kauf der Kärntner Hypo Group Alpe Adria (HGAA) durch die Bayerische Landesbank (BayernLB) kommen konnte, wodurch dem Freistaat und den Steuerzahlern nach bisherigen Berechnungen ein Verlust von 3,7 Mrd. Euro entstanden ist.

Der von den Oppositionsfraktionen SPD, Grüne und Freie Wähler gemeinsam beantragte und von den Koalitionsfraktionen CSU und FDP ebenso gewollte Untersuchungsausschuss soll Anfang Februar eingesetzt werden und so rasch wie möglich mit dem Studium von Aktenbergen, umfangreicher Zeugenbefragung und Beweiserhebung beginnen. Die Opposition hofft, binnen eines Jahres zum Schlussbericht zu kommen.

Ihr Einsetzungsantrag vom 18. Januar umfasst 188 Fragen „zur Prüfung etwaigen Fehlverhaltens und möglicher Versäumnisse“ der aktuellen Staatsregierung mit Ministerpräsident Horst Seehofer sowie den Staatsministern Georg Fahrenschon (Finanzen), Joachim Herrmann (Inneres), Emilia Müller (Bundesangelegenheiten) von der CSU und Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) sowie durch die Mitglieder der 2007/08 verantwortlichen Regierungen Stoiber und Beckstein (CSU). Die vermuteten Haupt- bzw. Mitverantwortlichen für den Kauf aus dem Vorstand der BayernLB und einer deutsch-kärntnerischen Kapitalgruppe sind verfassungsgemäß nicht Untersuchungspersonen, sondern werden als Zeugen geladen.

Sepp Dürr (Grüne) erhob bei der gemeinsamen Presseinformation der drei Oppositionsparteien vier Hauptvorwürfe gegen die amtierende CSU/FDP-Regierung: Sie habe den Milliarden Schaden vergrößert, weil in ihrer Amtszeit noch 3 Mrd. Euro Kredite der BayernLB an die HGAA geflossen seien. Zweitens habe die Regierung See-

hofer die Rückabwicklung des Kaufes verpasst, die verantwortlichen Spitzenpolitiker der vorherigen Regierungen gedeckt und viertens versucht, den Skandal zu vertuschen. Hier werden die Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber, Dr. Günther Beckstein, Prof. Kurt Fallthausen (Finanzen), Erwin Huber (Wirtschaft, heute Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses), Georg Schmid (Innenstaatssekretär, heute CSU-Fraktionsvorsitzender) und Jürgen Heike (Sozialstaatssekretär) genannt. Sie waren Mitglieder des BayernLB-Verwaltungsrates.

## Zusammenarbeit mit Ermittlern aus Kärnten

Es stelle sich die Frage, erläuterte Bernhard Pohl (FW), ob die Mitglieder des Verwaltungsrates eine ausreichende Qualifikation besäßen und ihrer Verantwortung gerecht wurden. Fraktionsgeschäftsführer Harald Caller (SPD) verwies auf die Initiativen der Münchner Staatsanwaltschaft, die nicht gegen die politisch Verantwortlichen, sondern gegen die Akteure aus der Bank- und Finanzwirtschaft wegen Untreue und Insidergeschäften ermittelte. Man sei offen für eine Zusammenarbeit im rechtlichen Rahmen. Die Oppositionssprecher verwiesen auch auf die bereits ausgemachte Zusammenarbeit mit dem HGAA-Untersuchungsausschuss des Kärntner Landtags.

Güller wird stellvertretender Vorsitzender des bayerischen Untersuchungsausschusses, dem vier Abgeordnete der CSU, zwei der SPD sowie je einer der Grünen und der Freien Wähler angehören. Damit hat die CSU erstmals keine absolute Ausschussmehrheit. Die CSU stellt mit ihrem Stellvertretenden Fraktionsvorsitzen Thomas Kreuzer den Vorsitzenden. Ihm - von Beruf Richter - bestätigte Güller grundsätzlich korrekte Verhandlungsführung, wie bereits in einem Untersuchungsausschuss bewiesen. Aktuell sei Kreuzers Nominierung eine Kampfansage und Indiz dafür, dass er seine Staatsregierung schützen solle. Gemeinsam appellierten die Oppositionssprecher an die FDP, sich dem nicht anzuschließen. Sie sei jetzt in der Mitverantwortung.

Zeil kontierte, die FDP habe mit Eintritt in die Koalition im Herbst 2008 „den Scherbenhaufen übernommen“ und stehe in der Verantwortung, ihn aufzuräumen. „Aber verursacht hat ihn jemand anders.“ Der Wirtschaftsminister und FDP-Fraktionsvorsitzende Thomas Hacker sehen sich in Übereinstimmung mit Ministerpräsident Seehofer und Kreuzer, die sich für eine nicht beeinflusste, umfassende und zügige Aufklärung ausgesprochen haben. Mit ihrer Vorverurteilung der Staatsregierung betreibe die Opposition politisch motivierte Stimmungsmache. Kreuzer kündigte eigene CSU-Fragen für den Untersuchungsausschuss an. **rm**

## Stellengesuch

Suche ab Juli 2010 eine Stelle als **Verwaltungsfachangestellter**  
Näheres auf meiner Bewerber-Homepage unter: [www.oereitingerde.de](http://www.oereitingerde.de)

**Ab in Sonne und Schnee!**  
Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter [www.1a-preisvergleichreisen.de](http://www.1a-preisvergleichreisen.de)

wahl 2008: 43,4%, Bundestagswahl 2009: 42,5%) machte der Ministerpräsident und Parteivorsitzende Seehofer wieder Mut: Die Bereitschaft der Bevölkerung, auf die CSU zu setzen, sei „lange nicht mehr so groß gewesen wie nach diesem Kreuth“.

Damit spielte er auf die internen Querelen um den Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid im Vorfeld der Klausur an, wo dieser von mehreren Abgeordneten als zu schwach und ablösungsreif erachtet worden war. Dessen Antwort war, er sei auf fünf Jahre gewählt und werde in Kreuth kämpfen. Seehofer gab ihm volle Rückendeckung. Es kam dann in der Klausur zu keiner Personaldiskussion und der Ministerpräsident erklärte vor der Presse, mögliche Nachfolger für irgendwelche Ämter müssten sich noch einige Jahre gedulden, wobei er Wert auf „einige“ legte.

## Wir gratulieren

### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Kiermaier  
93354 Siegenburg  
am 5.2.

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Rödel  
95180 Berg  
am 7.2.  
Bürgermeister Walter Ziegler  
97500 Ebelsbach  
am 8.2.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Graßl  
92542 Dieterskirchen  
am 3.2.  
Bürgermeister Dr. Paul Kruck  
97753 Karlstadt  
am 5.2.  
Bürgermeister Hans Urbauer  
83361 Kienberg  
am 7.2.  
Bürgermeister Herbert Häußl  
83329 Waging am See  
am 11.2.

**Hinweis in eigener Sache**  
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

## Bedenken gegen Einzelhandelsgroßprojekte

Neufassung des Landesentwicklungsprogramms kommt 2012

Einzelhandelsgroßprojekte, insbesondere Factory Outlet Centers (FOC), stoßen im Landtag zunehmend auf Bedenken. An Hand von Anträgen der Grünen und der Freien Wähler äußerten sich im federführenden Wirtschaftsausschuss Abgeordnete aller Fraktionen dazu skeptisch bis strikt ablehnend. Eine Neuregelung wird in der Neufassung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) erwartet, die von der Staatsregierung dem Landtag bis Jahresende vorgelegt werden und 2012 in Kraft treten soll.

Die Grünen hatten den konkreten Fall von Herrieden im Landkreis Ansbach zum Gegenstand eines Antrags gemacht und gefordert, keine ministerielle Ausnahme genehmigung für ein FOC zu erteilen. Die Freien Wähler verlangten eine unverzügliche Teilfortschreibung des LEP von 2006. Insbesondere, wie Alexander Muthmann als Berichterstatter ausführte, mit Blick auf Projekte im Grenzgebiet zu Tschechien und Österreich. Die Eignung eines Standorts für ein Einzelhandelsgroßprojekt dürfe sich nicht an zufälligen Gemeindegrenzen orientieren. Auch müsse vermieden werden, dass zu viel Kaufkraft aus dem zentralen Ort abgeköpft werde. Die Grünen, vertreten durch Ludwig Hartmann,

waren der gleichen Meinung. Berichterstatter Klaus Stöttner (CSU) und mit besonderem Nachdruck Klaus Dieter Breitschwert, der Vorsitzende des Mittelstandsarbeitskreises der Fraktion, beurteilten die Zielrichtung des FW-Antrags positiv. In ihm wurden Behörden und Kommunen davor gewarnt, gewachsene Strukturen vorschnell und einseitig zu verändern. Eine LEP-Teilfortschreibung lehnten CSU und FDP jedoch gegen die Stimmen aller drei Oppositionsfraktionen mit Hinweis auf die generelle LEP-Neufassung ab. Der Grünen-Antrag zum Projekt Herrieden - den Mitberichterstatterin Annette Karl (SPD) befürwortet hatte - wurde bis zu einem Bericht der Staatsregierung einstimmig zurückgestellt. **rm**

## Abbau von Vorurteilen gegen Migranten

Erste Sitzung des Bayerischen Integrationsrats  
Gemeinden arbeiten mit

Im Landtag hat sich der Bayerische Integrationsrat konstituiert. Er soll als Organ von Staatsregierung und Parlament Forum des Dialogs sein für die anerkannten Zuwanderer aus dem Ausland und für die Einheimischen, soll Vorurteile abbauen und konkrete Handlungsempfehlungen ausarbeiten. Ziel ist es, dass sich Einwanderer Bayern zugehörig fühlen. Es geht um eine zentrale Aufgabe für Gegenwart und Zukunft, wie Landtagspräsidentin Barbara Stamm in der Eröffnungssitzung im Maximilianeum sagte.

Im Integrationsrat mit 59 Mitgliedern arbeiten die fünf Landtagsfraktionen sowie Behörden, christliche Kirchen und (nachträglich eingeladen) Moslems, Verbände der Wirtschaft und Wohlfahrt, der DGB, Lehrer und Universitätsvertreter, die Bundesagentur für Arbeit, die Bundeswehr, der Gemeindetag und die Stadt Nürnberg. Vorsitzender ist der im Februar 2009 von der Staatsregierung berufene CSU-Landtagsabgeordnete Martin Neumeyer. Sein Organisations- und Ansprechpartner ist das Sozialministerium. In Bayern haben gut 2,3 der 12 Millionen Bürger einen Migrationshintergrund.

Beide Seiten müssten gleichermaßen in die Pflicht genommen werden, forderte die Landtagspräsidentin. Der Integrationsrat soll zweimal jährlich tagen und dazwischen von zunächst vier Ad-hoc-Gruppen auf Schwerpunkte hingeführt werden. Die vorrangigen Themen sind laut Neumeyer das bürgerschaftliche Engagement, besserer Schutz vor Frauenhandel und Prostitution, Abbau von Vorurteilen und Werteklischees sowie Gesundheitsvorsorge und Hilfe für Einwandererkinder.

Die Oppositionsfraktionen stellten sich voll hinter Stamm, die sich vom Integrationsrat wertvolle Impulse für die Politik erwartete. Für seine Partei habe Neumeyer neue Töne angeschlagen. **rm**

# Koalitionsvertrag schützt öffentliche Leistung der Daseinsvorsorge!

von Hartmut Koschyk MdB,  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen

Im Koalitionsvertrag vom 26. Oktober 2009 haben sich CDU, CSU und FDP darauf verständigt, dass insbesondere im Bereich der Umsatzsteuer für mehr Wettbewerbsgleichheit zwischen privaten und öffentlichen Anbietern gesorgt werden soll. Dies wurde von interessierten Kreisen dazu genutzt, das angebliche Gespenst des Drehens der Gebührenschraube durch die neue christlich-liberale Koalition an die Wand zu malen. Jene Kommentatoren überlasen jedoch die auch in diesem Kapitel des Koalitionsvertrags enthaltene Passage, wonach Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht über die bereits bestehenden Regelungen hinaus steuerlich belastet werden sollen. Für eine Belastung der Leistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge mit Umsatzsteuer bietet das geltende Recht auch keinen Raum.

## 1. Derzeitige Rechtslage a) National geltendes Recht

Das geltende nationale Umsatzsteuerrecht bestimmt, dass juristische Personen des öffentlichen Rechts nur im Rahmen ihrer Betriebe gewerblicher Art und ihrer land- und forstwirtschaftlichen Betriebe unternehmerisch tätig sind. Nur wenn die öffentliche Hand unternehmerisch tätig ist, unterliegen die von ihr erbrachten Leistungen grundsätzlich auch der Umsatzsteuer.

Was ein Betrieb gewerblicher Art ist, bestimmt sich nach Auffassung der Finanzverwaltung allein nach den Vorschriften des Körperschaftsteuerrechts. Das bedeutet, dass immer dann keine Umsatzsteuer für eine Leistung anfällt, wenn nach ertragsteuerrechtlicher Betrachtung kein Betrieb gewerblicher Art vorliegt.

Umsatzsteuer fällt für Leistungen der öffentlichen Hand ebenfalls nicht an, wenn sie im Rahmen einer Vermögen verwaltdenden Tätigkeit, z. B. also durch eine langfristige Vermietung oder Verpachtung, tätig ist. Hier fehlt es an dem Merkmal der Gewerblichkeit.

## b) Gemeinschaftsrechtliche Bestimmungen

Bei der Umsatzsteuer handelt es sich um eine europäisch harmonisierte Steuer. Maßgeblich für die jeweils geltenden nationalen Gesetze sind die Bestimmungen der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie.

Nach der maßgeblichen gemeinschaftsrechtlichen Vorschrift des Artikel 13 Abs. 1 Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie gelten Staaten, Länder, Gemeinden und sonstige Einrichtungen des öffentlichen Rechts grundsätzlich nur hinsichtlich der ihnen im Rahmen der öffentlichen Gewalt obliegenden Tätigkeiten als Nichtunternehmer und unterliegen insoweit auch nicht der Umsatzsteuerpflicht. Sie gelten jedoch dann als Steuerpflichtige, sofern die Behandlung der öffentlichen Hand als Nichtunternehmer zu größeren Wettbewerbsverzerrungen führen würde.

Zudem gelten die in Anhang I der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie genannten Tätigkeiten stets als unternehmerisch veranlasst, auch wenn sie hoheitlichen Charakter besitzen. Hierzu gehören z. B. Leistungen auf dem Gebiet des Telekommunikationswesens oder die Lieferung von Wasser, Gas, Elektrizität oder thermischer Energie.

Den Mitgliedstaaten ist es zudem gestattet, bestimmte von der Mehrwertsteuer befreite Tätigkeiten von Einrichtungen des öffentlichen Rechts als ihnen im Rahmen der öffentlichen Gewalt obliegend zu behandeln.

## 2. Daseinsvorsorge

Die öffentliche Verwaltung wird gegenüber den Bürgern in erster Linie leistend tätig, indem sie zur Erreichung bestimmter wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, sozial- oder kulturpolitischer Zwecke im öffentlichen Interesse für den Bürger bestimmte Leistungen erbringt oder Einrichtungen für die Öffentlichkeit bereitstellt. Sie dient damit der ihr obliegenden Daseinsvorsorge, d. h., einem Tätigkeitsbereich, der ihr vom Gesetzgeber grundsätzlich als eigentümlich und vorbehaltenen zugewiesen ist.

Der hoheitliche Bereich der Daseinsvorsorge, wir sprechen hier insbesondere von der Abwasser- und Abfallentsorgung, unterliegt grundsätzlich nicht der Umsatzsteuer. Sofern die fehlende Besteuerung dieser Leistungen jedoch zu größeren Wettbewerbsverzerrungen führt, sind die entsprechenden Tätigkeiten von Einrichtungen des öffentlichen Rechts nach den maßgeblichen EU-Vorschriften (Artikel 13 Abs. 1 der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie) der Umsatzsteuer zu unterwerfen.

## Kein Wettbewerb bei der Daseinsvorsorge

Im Bereich der Abfall- und Abwasserentsorgung ist dies nach geltendem Abwasser- und Abfallrecht in Deutschland aber nicht der Fall, da hier private Anbieter über die maßgeblichen Landesgesetze überhaupt nicht zugelassen sind. Soweit private Anbieter in diesem Bereich tätig werden, sind sie als Subunternehmer der öffentlichen Hand tätig; einen wirklichen Wettbewerb zwischen verschiedenen Anbietern am Markt gegenüber dem Verbraucher gibt es hier nicht.

Die in diesem Bereich vielfach beklagte Diskriminierung privater Anbieter ist also zuerst kein steuerliches Problem. Neben den Bereichen der Daseinsvorsorge entfaltet die öffentliche Hand jedoch auch andere Tätigkeiten. Hier könnten sich aus den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag durchaus steuerliche Folgen für die öffentliche Hand ergeben:

## 3. Vermögensverwaltung durch die öffentliche Hand

Der Europäische Gerichtshof hat in der Rechtssache „Salix“ festgestellt, dass Artikel 13 Abs. 2 der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eröffnet, die steuerbefreiten Tätigkeiten der öffentlichen Hand als Tätigkeiten zu behandeln, die ihnen im Rahmen der öffentlichen Gewalt obliegen. Die Mitgliedstaaten müssen aber eine ausdrückliche gesetzliche Regelung im nationalen Recht vorsehen.

Wie bereits zuvor dargestellt, ist nach nationaler Verwaltungsauffassung die langfristige Vermietung und Verpachtung von Grundstücken als nicht umsatzsteuerbare Vermögen verwaltdende Tätigkeit von juristischen Personen des öffentlichen Rechts anzusehen. Dies beruht auf keiner ausdrücklichen gesetzlichen Regelung, sondern folgt den von der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs seit Jahrzehnten entwickelten Grundsätzen der Abgrenzung nachhaltiger wirtschaftlicher Tätigkeiten von einer bloßen Vermögensverwaltung, die bei der Abgrenzung des Betriebs gewerblicher Art im Sinne des Körperschaftsteuerrechts erforderlich ist.

Insofern besteht ggf. ein gesetzlicher Anpassungsbedarf der nationalen Regelungen an die gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben. Auswirkungen auf die Besteuerung der Daseinsvorsorge ergeben sich daraus aber grundsätzlich nicht.

## 4. Wettbewerbsverzerrungen

Sofern zukünftig der deutsche Gesetzgeber in Ausübung der Ermächtigung durch die Mehrwert-

steuer-Systemrichtlinie bestimmte steuerfreie Tätigkeiten als im Rahmen der Ausübung der öffentlichen Gewalt und damit als nicht steuerbar behandeln möchte, wäre die Frage des Entstehens „größerer Wettbewerbsverzerrungen“ im Sinne des Artikels 13 Abs. 1 Unterabsatz 2 der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie zu beachten.

In einem anderen Urteil vom 19. September 2009 (C-288/07) hat der Europäische Gerichtshof den Begriff der Wettbewerbsverzerrungen am Beispiel der Parkraumbewirtschaftung durch die öffentliche Hand dahin interpretiert, dass das Vorliegen größerer Wettbewerbsverzerrungen mit Bezug auf die fragliche Tätigkeit als solche zu beurteilen sei, ohne dass sich diese Beurteilung auf einen lokalen Markt im Besonderen beziehe. Danach ist nicht nur ein gegenwärtiger, sondern auch ein potenzieller Wettbewerb relevant, sofern für Private die Teilnahme am Markt tatsächlich und nicht nur rein hypothetisch besteht.

Eine potenzielle Wettbewerbssituation kann nur vorliegen, wenn die Aufgabe der öffentlichen Einrichtung rechtlich, d. h., im Rahmen eigens dafür geltender Regelungen, auch von einem privaten Unternehmer wahrgenommen werden darf. Bei Aufgaben, die auf Grund gesetzlicher Regelungen ausschließlich den juristischen Personen des öffentlichen Rechts vorbehalten sind, kann es keinen potenziellen Wettbewerb und somit auch keine potenzielle Wettbewerbsverzerrung geben. □

(Fortsetzung von Seite 1)

Räumen dar, fuhr die Ministerin fort. Als Beispiel nannte sie zunächst die Kommunalpolitik, die „Königsdisziplin“ der Politik, wirke sie doch direkt und hautnah gegenüber den Nachbarn und zeitige unmittelbar wirksame Ergebnisse. Nachwuchsgewinnung für kommunalpolitische Ämter sei somit konkrete Demokratieförderung.

Mit Blick auf das Ehrenamt meinte Aigner: „Die Bereitschaft zum Engagement ist nach wie vor groß. Nachwuchsprobleme in Vereinen und Verbänden resultieren aus dem Wegzug junger Menschen und aus der oft schwierigen Vereinbarkeit mit Beruf und Familie. Hier liegen konkrete Aufgaben für die Politik auf allen Ebenen.“ Beispielsweise werde vielerorts die Frage diskutiert: „Wird es in 20 Jahren noch unsere Freiwillige Feuerwehr geben oder werden wir dann nur noch Berufsfeuerwehren kennen?“ Dies sei nicht nur eine Nachwuchsfrage, sondern auch eine Herausforderung für die Unternehmen, ihre Mitarbeiter jeweils für Feuerwehreinsätze frei zu stellen.

Der Gemeinschaftsgeist wiederum ist für Ministerin Aigner mehr als die Mitgliedschaft in Vereinen. „Wenn ich zum Beispiel 700- oder 800-Jahrfeiern von Landgemeinden besuche, empfinde ich immer wieder Hochachtung für die liebevolle Ausgestaltung.“ Aber auch beim Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ bzw. bei den vorgeschalteten Wettbewerben auf Landes- und Kreisebene engagierten sich Menschen aus zahlreichen Dörfern. Nicht zuletzt trage auch die aufwändige Erhaltung des privaten Eigentums (Häuser, Scheunen usw.) zu einem sehenswerten Äußeren der Dörfer bei. Die gemeinsame Arbeit bei der Dorfentwicklung sei eine Form der Identitätsstiftung.

Neben der Eröffnungsveranstaltung bot das Zukunftsforum

## GZ Kolumne Heinrich Lenz

### Liebe Leserinnen und Leser,

Neben dem demographischen Wandel und dem Klimaschutz gehört auch ein sparsamer und nachhaltiger Umgang mit Grund und Boden zu den wichtigsten Herausforderungen der Zukunft. Das Auffüllen von Baulücken, die Sanierung und Verdichtung alter Bausubstanz muss wieder Vorrang haben vor der Ausweisung und Vermarktung neuer Siedlungsgebiete am Ortsrand. Nur so kann der immense Anstieg des Flächenverbrauchs in Bayern gestoppt werden, der zurzeit bei rd. 16 Hektar pro Tag liegt. Die fortschreitende Landschaftszersiedelung und Fragmentierung von Lebensräumen gefährdet



ihren Bauplätzen sitzen geblieben, sie schieben seit Jahren auch eine immer größer werdende Schuldenlast vor sich her; die sich aus kreditfinanziertem Grunderwerb, Erschließungskosten und Zinseszinsen zusammensetzt. Man hat die damit verbundenen, ständig wachsenden Fix- und Unterhaltskosten ganz einfach unterschätzt. Das Motto: „das Angebot schafft sich die Nachfrage selbst“, erwies sich als Flop, als gewaltiger Trugschluss. Es wäre daher nur

folgerichtig, künftig dem Altbestand, den innerörtlichen Flächenreserven wieder mehr Aufmerksamkeit zu widmen, so wie es das Baugebetsbuch und das LEP eigentlich vorschreiben. Begleitende Förderprogramme für den Substanzerhalt und Anleitungen zur Sanierung und zum Umbau könnten diese Fehlentwicklung deutlich eindämmen. Gleichzeitig ist den großflächigen Photovoltaikanlagen, die wegen der hohen Einspeisevergütungen in ganz Bayern wie Pilze aus dem Boden schießen, der Kampf anzusagen. Hier wird mit Unterstützung der Naturschutzverbände/-behörden aus reiner Profitgier Landschaftsverhandlung im großen Stil betrieben. Das hat mit einer vorsorgenden, aktiven Baulandpolitik und dem Erhalt unserer Kulturlandschaft nichts mehr zu tun. Mit Recht machen die niederbayerischen Landräte Front gegen diese Entwicklung. Wie man es in Sachen Wohnraumbereitstellung anders, besser machen kann zeigen zum einen die Broschüre „Kleine Lücken - große Wirkung“ des Ministeriums für Umwelt und Gesundheit und zum anderen die „Flächenmanagement-Datenbank“ des Bayerischen Landesamtes für Umwelt, die ab September 2009 allen Gemeinden kostenlos zu Verfügung steht. Beides kann zur Lektüre bzw. Praxisanwendung nur bestens empfohlen werden.

Ihr Heinrich Lenz

## Ein Umdenken in der Baupolitik ist überfällig

nicht nur die biologische Vielfalt, sondern auch die Lebensqualität breiter Bevölkerungsschichten. Erste Anzeichen der Fehlentwicklung sind bereits sichtbar. Die Bausubstanz in den Ortschaften verfällt zusehends, immer mehr Wohnungen stehen leer, der Schrumpfungprozess im Dienstleistungsbereich setzt sich fort (Beispiel: „Wirtshaussterben“). Damit gehen Vitalität und Wohnqualität gewachsener Ortskerne verloren, büßen die Dörfer ihr unverwechselbares Gesicht ein. Ein Umdenken in der Baulandpolitik ist daher längst überfällig, würde nicht nur die Natur schonen, sondern den Städten und Gemeinden oft auch Unsummen von Geld sparen. Weit über den örtlichen Bedarf hinaus wurden in der Vergangenheit neue Siedlungsflächen ausgewiesen und über sog. „Schattenhaushalte“ vorfinanziert. Die negativen Folgen sind bekannt: etliche Kommunen, gerade in strukturschwachen Regionen, sind nicht nur auf

## Jugend auf dem Land...

ein umfangreiches Themenspektrum mit insgesamt 18 Begleitveranstaltungen. Experten aus Bund, Ländern, Kommunen, Verbänden und Institutionen diskutierten über Themen und Handlungsfelder der ländlichen Räume. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund war mit vier Veranstaltungsthemen vertreten, so zunächst mit dem koordinierten Einsatz von eServices, der eine neue Wertschöpfung ermöglichen kann. Felder des Einsatzes von eServices im Bereich der Daseinsvorsorge wurden u. a. anhand internationaler Beispiele im Überblick aufgezeigt sowie ein Bereich - die Versorgung älterer Menschen - vertieft dargestellt. In einem weiteren Teil wurden die Möglichkeiten einer perspektivisch praktischen Umsetzung in ländlichen Räumen erörtert.

## Grundversorgung sichern

Ärztliche Versorgung ist ein wesentlicher Baustein der ländlichen Infrastruktur. Ärzteschaft und Kommunen beschäftigen sich daher mit der Frage, wie die finanziellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen gestaltet werden müssen, um eine Grundversorgung sicher zu stellen. Stichwort Schulen: Mit der zunehmenden Verlagerung von Grund- und Hauptschulen geht ein wichtiger Identitätsfaktor in den Dörfern verloren. Die Entfremdung der Schulkinder von ihrem heimatlichen Lebensraum hat Folgen für ihre Sozialisation. Unter Mitwirkung von Experten aus unterschiedlichen Fachbereichen suchte die Arge Ländlicher Raum auch anhand von positiven Beispielen nach Auswegen aus der Misere.

Die Folgen der demographischen Entwicklung, des Klimawandels und der anhaltende Strukturwandel auf dem Land vor dem Hintergrund der Globalisierung stellen die ländlichen Regionen vor neue, komplexe Herausforderungen. Unter der Überschrift

„Ländliche Entwicklung 2020“ wurden Strategien diskutiert, die geeignete Rahmenbedingungen für die Förderung der ländlichen Entwicklung und deren effiziente Umsetzung schaffen können.

„Gewässerschutz mit der Landwirtschaft“, „Wertschöpfungspotenziale durch Bioenergie“, „Arbeit und Einkommen im ländlichen Raum“, „Geschäftsideen mit Natur“, „Wettbewerbe als Instru-

ment der Stadt- und Dorfentwicklung“, „Breitbandversorgung im ländlichen Raum“, Aktuelle Rechtsfragen: „Interkommunale Kooperationen“ und „Die Zukunft der Agrarbeihilfen“ sowie „Wertschöpfungspotenziale durch Bioenergie“ waren einige weitere Themen der vom Publikum dankbar angenommenen Begleitveranstaltungen. Diese wurden von einigen Bundesländern, Verbänden und Institutionen in eigener inhaltlicher Verantwortung gestaltet. DK

## Mehr Spielraum für...

(Fortsetzung von Seite 1) tuation mehr Gestaltungsspielräume zu eröffnen. „Wir benötigen dringend eine klare Abkehr von der bundesgesetzlichen Durchnormierung zentraler kommunaler Aufgaben. Hier muss es uns erlauben sein, unter Berücksichtigung des wohlverstandenen Interesses der Bürger zu Standardabweichungen zu gelangen, um Kosten zu sparen.“ Insofern warb er nachdrücklich ein stärkeres Grundvertrauen in die richtigen Entscheidungen kommunaler Organe, statt weiter auf Fremdbestimmung zu setzen. „Wenn wir hierfür nicht ein neues Bewusstsein schaffen, wer-

den wir die verfassungsrechtlichen Vorgaben der Schuldenbremse angesichts des dramatischen Konsolidierungsbedarfs faktisch nicht einhalten können!“

Der Landkreistagspräsident forderte zudem eine stärkere Beeinflussbarkeit der kommunalen Steuereinnahmen, eine geringere Abhängigkeit von der konjunkturellen Entwicklung sowie eine Beteiligung der Landkreise an einer Wachstumsteuer wie etwa der Umsatzsteuer. Gerade Letzteres sei vor dem Hintergrund der an-

steigenden sozialen Ausgaben der Kreise mehr denn je auf der Tagesordnung. „Die Kreishaushalte ähnen unter den immensen Sozialausgaben, vor allem für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, die Hilfe zur Pflege, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und natürlich die Grundsicherung für Arbeitsuchende. Insofern ist die Situation bei den Kreisen besonders prekär, weil sie die größten Lasten in diesen Bereichen tragen.“ Rund zwei Drittel der Sozialausgaben tragen Landkreise und Höhere Kommunalverbände, 30 % kreisfreie Städte und nur knapp 5 % die kreisangehörigen Gemeinden.

## Zuverlässigkeit

„Wir benötigen dringend eigen-gestaltbare und zuverlässige Einnahmequellen. Dies kann nur eine Beteiligung der Kreise am Steuerertrag erreichen, zumal die Mittelzuweisungen die Kommunen am goldenen Zügel der Länder halten. Dadurch werden den Kommunen sowohl bei der Aufgabenerfüllung als auch der Erreichung der Konsolidierungsziele die Hände gebunden“, so Duppré.

In der Debatte um die Neuorganisation der Jobcenter im Rahmen des SGB II (Hartz IV) mahnte der Deutsche Landkreistag die Berücksichtigung kommunaler Interessen an. Duppré zufolge muss die Neuorganisation die Interessen (Fortsetzung auf Seite 4)

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags und Chamer Landrat Theo Zellner wurde in Ludwigsburg erneut einstimmig zum Vizepräsidenten des Deutschen Landkreistags gewählt. DK

## Sozial handeln, Werte leben

(Fortsetzung von Seite 1)

Trotz immer schwieriger werden finanzieller Rahmenbedingungen bleibt Bayern Haderthauer zufolge in Bezug auf seinen Haushalt gut aufgestellt. Im Dezember 2009 habe die Staatsregierung den Entwurf für den Nachtragshaushalt 2010 verabschiedet. Er sieht für den Sozialhaushalt Mehrausgaben in Höhe von 146,6 Mio. Euro vor. „Damit werden im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr 8,9 Prozent mehr Mittel zur Verfügung stehen.“ Das Gesamtvolumen betrage nunmehr rund 2,5 Mrd. Euro. Mit diesen zusätzlich verfügbaren Mitteln könnten erneut wichtige politische Weichenstellungen vorgenommen werden. Beispielhaft nannte die Ministerin die Kindertagesbetreuung, die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz, das Mittagessen an Ganztagschulen, die Jugendsozialarbeit an Schulen sowie den Ausbau ambulanter Wohn- und Betreuungsformen.

Das Betreuungsgeld bezeichnete Haderthauer als „Erfolg für eine Werte orientierte Politik, die Elternverantwortung schätzt und fördert“. „Bei den Koalitionsverhandlungen habe ich mich vehement und mit Erfolg für das Betreuungsgeld eingesetzt. Dabei geht es um weit mehr als um 150 Euro im Monat. Das Betreuungsgeld schafft eine politische Balance, wenn ab 2013 der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag kommt.“

### Wahlfreiheit

Das Betreuungsgeld sei kein Gegenmodell, sondern das notwendige Gegenstück zum Rechtsanspruch. Die Ministerin: „Wir stellen damit sicher, dass die Betreuung zuhause nicht zurückgesetzt wird. Der Rechtsanspruch isoliert hätte einseitig gelenkt und Eltern, die die Betreuung ihres Ein- bis Zweijährigen selber leisten wollen, unter gesellschaftlichen Rechtfertigungsdruck gesetzt. Junge Eltern sollen aber selbst entscheiden, wie sie ihr Familienleben gestalten wollen, nicht die Politik. Der Staat darf Eltern nicht bevormunden und sich als der bessere Erzieher aufspielen. Deshalb lehne ich auch ein Gutscheinsystem ab. Gutscheine machen Familien zweitklassig und entmündigen sie. Bürgerliche Politik befindet sich auf einem Irrweg, wenn sie ausgerechnet jungen Eltern als einziger Bevölkerungsgruppe das Vertrauen entzieht. Wer Eltern nicht vertraut, mit dem Betreuungsgeld richtig umzugehen, traut ihnen auch nicht zu, mit ihren Kindern richtig umzugehen.“

Die Gesellschaft befinde sich im Umbruch. Dies gelte auch für die Rollenbilder, die bisher weibliche und männliche Lebensentwürfe geprägt haben. „War Familienarbeit zuvorderst und fast ausschließlich eine Aufgabe von Müttern, so sind wir in Bayern stolz darauf, dass besonders viele junge Mütter und Väter ihre Familienarbeit gemäß ihren eigenen Vorstellungen von Familie gestalten und nicht nach überkommenen Rollenbildern ausrichten“, stellte Haderthauer fest.

In Bayern nähmen derzeit 26 Prozent der Väter die Möglichkeit der Elternzeit in Anspruch und beteiligten sich aktiv und in großem Umfang an der Erziehung der Kinder. „Das zeigt: Bayerische Familien sind modern!“, so die Politikerin. Eben diese gesellschaftliche Tendenz müssten nun aber auch die Unternehmen im Freistaat stärker berücksichtigen. „Wir wollen, dass Familienfreundlichkeit zu einem Markenzeichen und bayerischen Standortfaktor wird. Um eben dieses wichtige Ziel zu erreichen, werde die Bayerische Staatsregierung Unternehmen, die auf diesem Gebiet vorbildlich sind, künftig jährlich mit einem

Chancengerechtigkeitspreis auszeichnen. „Darüber hinaus können die besten Unternehmen ein Unternehmenssiegel erhalten, das sie als ‚chancengerecht‘ erkennbar werden lässt - z. B. für Fachkräfte auf der Suche nach einem passenden Unternehmen. Der Bewerbungsstart ist im Jahr 2010“, teilte Haderthauer mit.

### Eigenverantwortung

Als wichtigen Schritt zu mehr Freiheit und Eigenverantwortung wertete sie die jüngst erweiterten Möglichkeiten, osteuropäische Hilfskräfte zu beschäftigen. Oft gehe es ja nur darum, eine lückenlose Anwesenheit sicherzustellen, um einen pflegebedürftigen Angehörigen auch nicht bloß ein paar Stunden allein lassen zu müssen. „Schon bei den Koalitionsverhandlungen habe ich durchgesetzt, dass sich hier schleunigst etwas ändern muss. Mit der Änderung der Beschäftigungsverordnung am 18. Dezember 2009 hat das Bundesministerium meiner Forderung Rechnung getragen. Seit 1. 1. 2010 können nun auch ausländische Hilfskräfte pflegerische Alltagsarbeiten leisten. Für Hunderttausende Familien ist die Entscheidung eine gute Nachricht. Dabei geht es ausdrücklich nicht um Billigpflege, sondern um die dringend notwendige Entlastung pflegender Angehöriger. Die professionelle ambulante Pflege wird hierdurch in keiner Weise berührt“, informierte Haderthauer.

Als besonders wichtig erachtet sie eine Politik für Generationen auf kommunaler Ebene. Zur Förderung der gegenseitigen Unterstützung und des miteinander Lebens - gerade auch über Familiengrenzen hinweg - werde auch die Entwicklung von Generationenzentren in Bayern angestoßen. Diese sollen die konkreten Bedürfnisse von jungen und älteren Menschen und gerade auch von Familien vor Ort und in den Regionen aufgreifen.

Anhand vielfältiger Maßnahmen, wie z. B. der Herausgabe eines mit den Kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam entwickelten Leitfadens „Kommunale Seniorenpolitik“, Demografie-workshops oder der Auslobung des „Förderpreises Kommunale Seniorenpolitik“, werde diese Entwicklung hin zu Generationen übergreifenden Unterstützungsstrukturen in den Kommunen von der Bayerischen Staatsregierung maßgeblich unterstützt.

### Soziale Gerechtigkeit

„Das neue Jahr wird sozialpolitisch nicht nur in Bayern, sondern in ganz Europa stark von dem Vorhaben geprägt sein, mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen“, prognostizierte Haderthauer. So sei das Jahr 2010 das „Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“. „Europa und damit auch Bayern werden sich intensiv mit der Frage beschäftigen, wie allen Menschen ein würdevolles Leben ermöglicht werden kann und wie sie in die Gesellschaft integriert werden können. Ich werde mich dafür stark machen, dass dieses Jahr, das unter dem Motto der Verbesserung von Teilhabechancen steht, nicht nur für Europa, sondern auch für Bayern ein erfolgreiches Jahr werden wird“, versprach die Ministerin.

Unterdessen hat SPD-Sozialsprecherin Christa Steiger Sozialministerin Haderthauer aufgefordert, in Bayern tatsächlich für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen, wie sie dies in ihrer Jahrespressekonferenz angekündigt habe. Die Ministerin bezeichne ihr Haus als ein „Zukunftsinstitut“, habe aber die Weichen keineswegs entsprechend gestellt. „Von gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Bayern

sind wir noch meilenweit entfernt“, stellte Steiger fest.

So sei das von der CSU forcierte Betreuungsgeld ein Rückschritt für die Bemühungen, die Zahl der Krippenplätze in Bayern zu erhöhen. „Das bringt nicht mehr Gerechtigkeit, sondern weniger“, machte Steiger deutlich. Ebenso problematisch nannte sie den Umgang der Staatsregierung mit der UN-Rechtskonvention für Menschen mit Behinderung. Hier werde fast ein Jahr nach ihrem Inkrafttreten zu wenig getan. Dabei sei die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung eine wichtige Aufgabe, von der Frühförderung bis hin zu einem würdevollen Alter. **DK**

(Fortsetzung von Seite 1)

**GZ: Die Mehrheit stand doch weiterhin hinter Ihnen.**

**Naser:** Davon gehe ich aus und es haben mich viele auch aufgefordert zu bleiben. Aber es ist wichtiger, für die Sache einzutreten als für die eigene Person. Für die Sparkassenidee habe ich als Verwaltungsrat meiner örtlichen Sparkasse und als Präsident 27 Jahre mit vollem Einsatz gearbeitet, übrigens ohne jemals einen einzigen Tag in meinem gesamten Berufsleben krank gewesen zu sein. Ich bin aber der Auffassung, dass ich den Sparkassen jetzt am besten damit dienen kann, wenn ich gehe.

**GZ: Sie übernehmen also die Rolle des Sündenbocks für viele?**

**Naser:** Ich weiß gar nicht, ob es hier Sünden gibt und Sündenböcke gefragt sind. Wir haben eine Weltfinanzkrise, die die neuen Staaten in Osteuropa am schwersten trifft. Eine Entscheidung, die damals alle in Politik und Wirtschaft für richtig gehalten haben, hat sich jetzt in Nachhinein als falsch erwiesen. Ich sehe keine Sünden, aber die Rolle des alttestamentarischen Sündenbocks, dem alle die Hand auflegen und ihn in die Wüste schicken, ist ja gar keine schlechte Idee, wenn sie denn funktioniert.

**GZ: Und wird sie funktionieren?**

**Naser:** Zumindest wird innerhalb der Sparkassenorganisation wieder Ruhe und Geschlossenheit einkehren, und das ist ja schon sehr viel.

**GZ: Man vermutet, dass es Insidergeschäfte gegeben hat und letztlich ein Betrug vorliegt.**

**Naser:** Ich habe nicht den geringsten Anhalt dafür und beteilige mich nicht an Spekulationen. Warten wir das Ergebnis der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ab.

**GZ: Man wirft Ihnen vor, Sie hätten maßgeblich die Geschäftspolitik der BayernLB bestimmt und maßgeblich den Kauf der HGAA vorangetrieben.**

**Naser:** Wer ist „man“? Es gibt nicht den geringsten Beweis oder Beleg für diese mehrfach in einzelnen Medien erhobenen Anschuldigungen. Und durch ständiges Wiederholen ohne Beleg werden falsche Aussagen auch nicht richtig.

**GZ: Kritisieren Sie, dass es nicht rechtzeitig zu Fusionen gekommen ist?**

**Naser:** Das ist Vergangenheit. Sie wissen, dass die Sparkassen schon 1989 deutschlandweit eine Fusion von Landesbanken gefordert haben. Im Übrigen: Auch jede bayerische Staatsregierung hat sich ihre Haltung nach bestem Wissen und Gewissen gebildet. Ich hätte auch einmal sehen wollen, welcher Aufschrei durch Bayern gegangen wäre, hätte die Staatsregierung zugestimmt, den Hauptsitz der BayernLB nach Stuttgart oder ins Ausland zu verlagern, wofür u. a. auch ich eingetreten bin. Bekanntlich hat ja

## Mehr Spielraum für...

(Fortsetzung von Seite 3)

der Landkreise und damit von drei Vierteln der kommunalen Träger in Arbeitsgemeinschaften berücksichtigen. Ohne den kommunalen Sachverstand könne eine Reform nicht zu einer Verbesserung der bestehenden Situation führen. Das vom Bundesarbeitsministerium vorgelegte Eckpunktepapier reiche nicht aus. Der Landkreistag machte dies gegenüber der anwesenden Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen deutlich.

Duppré warb dafür, die sich bewährte Option zahlenmäßig aufzustocken, so dass auch über die bisher bestehenden 69 Optionskommunen hinaus interessierte Landkreise und Städte die Betreuung und Vermittlung von

Langzeitarbeitslosen in Eigenregie übernehmen können. „Die Arbeits- und Sozialminister der Länder sehen wie die Landkreise die Notwendigkeit, das Optionsmodell in seiner bisherigen Ausgestaltung zu entfristen und die Zahl der Optionskommunen einmalig zu erhöhen.“

Eine Öffnung der Option wäre auch für die Neuorganisation der Jobcenter hilfreich: „Auf diese Weise würde für das weitere Prozedere eine erheblich befriedende Wirkung erzeugt“, erklärte Duppré. Nach einer aktuellen Umfrage des Deutschen Landkreistages hätten sich insgesamt 171 von 240 bisher in Arbeitsgemeinschaften (ARGE) engagierte Landkreise für die Option ausgesprochen, wenn

dies möglich werden würde.“

Schließlich sprach er die Kostenbeteiligung des Bundes an den von den Kreisen und Städten zu tragenden Wohnkosten für Langzeitarbeitslose und ihre Familien an und drängte erneut auf eine Korrektur der für die Landkreise untragbaren Berechnungsformel im Vermittlungsverfahren: „Bleibt es bei der fehlerhaften Anknüpfung der Formel an die Entwicklung der Anzahl der Haushalte, wird die Bundesbeteiligung von derzeit 26 auf 23,6 % sinken. Und das, obwohl aufgrund von Kostensteigerungen in diesem Bereich eigentlich eine Quote von 35,8 % für das nächste Jahr nötig wäre. Anderenfalls gehen die absehbar höheren Kosten vollkommen zulasten der Kommunen“, so Duppré abschließend. **DK**

## Letzter Dienst an den Sparkassen

die BayernLB für 2006 das beste Ergebnis in ihrer langen Geschichte verkündet.

**GZ: Was lief eigentlich beim Kauf der HGAA falsch?**

**Naser:** Ich weiß es nicht. Hat man Risiken bei der Due Diligence unterschätzt, ist es die Weltfinanzkrise, die diese „neuen“ Länder mit ihrer raschen verschuldensbasierten Entwicklung besonders trifft oder überzeichnet man jetzt mitten in der Krise die Risiken? Ich weiß es wirklich nicht.

**GZ: Was war denn der Anteil des Verwaltungsrates beim Kauf der HGAA?**

**Naser:** Schon merkwürdig. Da gibt es einen sehr erfahrenen, führungsstarken Vorstand mit 10.000 Mitarbeitern. Sowohl der Vorstandsvorsitzende Werner Schmidt wie auch Herr Dr. Kemmer waren in solchen Themen langjährig sehr erfahren. Stellvertretender Vorstandsvorsitzender war der ebenfalls strategisch sehr versierte, ehemalige Leiter der Staatskanzlei, Herr Dr. Hanisch. Und der Chief Risk Officer, das Vorstandsmitglied Dr. Gribkowsky, kam von der Deutschen Bank und baute in der BayernLB ein Risk Office mit 900 Mitarbeitern auf. Erfahrene Berater waren eingeschaltet und 100 Mitarbeiter der BayernLB prüften vor Ort in Klagenfurt und später mit einer Sonderprüfung Kroatien.

Aber der Verwaltungsrat, dem die Ergebnisse der Prüfung dargestellt wurden, der wars dann. Natürlich haben im Verwaltungsrat alle zehn Mitglieder aufgrund der uns vom Vorstand präsentierten Prüfergebnisse den Kauf für richtig gehalten, wie auch sehr viele außerhalb der Bank, in den Medien, bei den Ratingagenturen und in der Wissenschaft und letztlich auch alle Sparkassen und Kommunen in der Verbandsversammlung. Und auch die Bayerische Staatsregierung hat nach Befassung in einer Kabinettsitzung die erforderliche Zustimmung zum Kauf der HGAA erteilt. Aber, so ist das Leben nun einmal in öffentlichen Banken, und insbesondere wenn die Mitglieder nur einer Partei im Verwaltungsrat vertreten sind.

**GZ: War also der Verwaltungsrat falsch zusammengesetzt, politisch einseitig und ohne Experten?**

**Naser:** Es ist offenkundig, dass die politischen Angriffe kaum existieren, wenn, wie z. B. in Baden-Württemberg, nahezu alle Parteien im Verwaltungsrat vertreten sind. Zu den Experten: Die Banken, die weltweit am ersten gescheitert sind, hatten doch die vermeintlich tollsten Experten im Verwaltungs- und Aufsichtsrat, wie z. B. US-Investmentbanken, die Royal Bank of Scotland oder in Deutschland die IKB und die HRE. Außerdem: Auch wir hatten sehr erfahrene Banker im Verwaltungsrat und auch ich selbst bin nunmehr seit über 27 Jahren in der Bankenaufsicht tätig und dies gilt

auch für andere Verwaltungsratsmitglieder. Zum Beispiel war Herr Dr. Beckstein schon 18 Jahre Verwaltungsratsmitglied.

**GZ: 3,7 Milliarden Euro sind jetzt verloren. Das schmerzt natürlich alle Bayern und macht sie wütend.**

**Naser:** Das kann ich sehr gut verstehen und macht auch mich sehr betroffen. Aber zu den Zahlen: Die BayernLB hat ja schließlich 30 Jahre auch gute Gewinne erzielt und viel Steuern in Bayern bezahlt. Und im Übrigen im Jahr 2008 sind sieben Milliarden Euro Kapital zugeführt und drei Milliarden Euro sind stiller Einlagen gezeichnet worden. Selbst die EU-Statistikbehörde betrachtet dies als rentierliche Kapitalanlage und rechnet dieses Geld nicht unter die Verschuldungskriterien nach Maastricht. Man wird erst in einigen Jahren wissen, wie viel von diesem Geld tatsächlich verloren geht, was ganz entscheidend von der wirtschaftlichen Entwicklung weltweit abhängen wird. Diese Kapitalzufuhr resultiert natürlich auch aufgrund der Probleme der HGAA und die dort jetzt verlorenen 3,7 Milliarden Euro bedeuten nicht, dass die BayernLB derzeit neues Kapital benötigt. Ich darf auch daran erinnern, dass nach den EU-Auflagen zu erwarten war, dass die HGAA verkauft werden muss mit unsicherem Kaufpreis. Und noch ein Vergleich: Nicht wenige Banken in Deutschland und weltweit haben zahlreiche Milliarden Steuermittel erhalten, weil wir uns in einer systemischen Krise des Weltfinanzsystems befinden. Wie viel die Banken wieder zurückzahlen können, weiß niemand. Fest steht aber heute schon, dass der Steuerzahler bei der IKB bereits über acht Milliarden Euro sicher verloren hat,

und darauf entfallen dann, durchgerechnet auf die Bayern auch über eine Milliarde Euro. Darüber spricht aber niemand, es waren ja auch alle Parteien und viele Wirtschaftsexperten im Verwaltungsrat der IKB.

**GZ: Wieso muss eigentlich ein Kommunalpolitiker Ihr Nachfolger sein, sind Kommunalpolitiker überhaupt für eine solche Aufgabe geeignet?**

**Naser:** Zunächst, es steht mir nicht zu, Stellung zur Nachfolgediskussion zu beziehen. Es gibt kein striktes Auswahlkriterium für die Position des Sparkassenpräsidenten, da es sich um eine Führungsaufgabe ähnlich der der Leitung eines Ministeriums handelt. Generell gilt aber, dass Kommunalpolitiker mit ihren Tätigkeiten im Verwaltungsrat einer Sparkasse und ihrer Fähigkeit, vernetzt zu denken und mit vielfältigen unterschiedlichen Themen umzugehen sowie ihrem Verständnis für komplexe politische Mechanismen, sehr geeignet sind, diese Position auszufüllen. Deshalb hat man ja auch soeben in Hessen-Thüringen den ehemaligen sozialdemokratischen Oberbürgermeister von Offenbach zum Präsidenten gewählt, der ein ausgezeichnete Kollege ist.

**GZ: So geht also jetzt eine jahrzehntelange Karriere zu Ende. Innenministerium, Landrat, Präsident des Landkreistages, Vizepräsident des Deutschen Landkreistages und Sparkassenpräsident. Wir wünschen Ihnen alles Gute für den Ruhestand.**

**Naser:** Danke und Dank auch an die GZ, die mein Wirken in Bayern über Jahrzehnte so intensiv begleitet hat. Ich denke gerne an die Zeit zurück und wünsche allen Sparkassen, Kommunen und allen handelnden Personen nur alles erdenklich Gute. **□**

### Nachfolge von Sparkassenpräsident Naser:

## Schaidinger: „Über Profil und Namen reden“

In der Diskussion um die Nachfolge des bayerischen Sparkassenpräsidenten Dr. Siegfried Naser brachte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, nunmehr weitere Namen ins Gespräch, nachdem bereits der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner und sein Aschaffener Kollege, Dr. Ulrich Reuter, als mögliche Kandidaten genannt werden. Schaidinger strebt eine einvernehmliche Lösung zwischen Sparkassen und Kommunen an: „Wir wollen zunächst über das Qualifikationsprofil reden und dann über mögliche Kandidaten zusammen mit dem Landkreistag, dem Gemeindetag und den Sparkassenvertretern beraten. Wir sehen als mögliche Nominierungen aus den Reihen des Bayerischen Städtetags - in alphabetischer Reihenfolge - Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis (Erlangen), Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger (Memmingen) und Oberbürgermeister Dr. Ulrich Netzer (Kempten).“ Der Städtetag wird über die eventuelle Kandidatur eines Oberbürgermeisters oder die Unterstützung eines anderen Kandidaten in seiner Vorstandssitzung am 9. Februar beraten.

Schaidinger: „Wir sollten nicht allein über Namen reden, sondern an erster Stelle über das Anforderungsprofil. Der Präsident des Sparkassenverbandes sollte in der Kommunalpolitik fest verankert und etabliert sein, denn schließlich sind die Kommunen die Eigentümer der Sparkassen; gleichzeitig ist vertiefte Erfahrung und Wissen im Sparkassenwesen eine Grundvoraussetzung.“ **□**

Das Planspiel der DATEV:

## Der andere Zugang zur kommunalen Doppik

Von Frank Heller, DATEV\*

„Ich höre und vergesse, ich sehe und erinnere mich, ich tue selber und verstehe“ (Konfuzius). Eine „klassische“ Schulung, bei der den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Funktionsweisen und Inhalte einer doppischen Haushaltsführung vermittelt werden, stößt häufiger auf Desinteresse oder gar Ablehnung - und dies aus den verschiedensten Gründen. Die theoretisch vermittelten Inhalte sind zu weit entfernt vom tatsächlichen Geschehen in der Kommune und stellen allenfalls abstrakte Größen ohne Bezug zur Arbeitsrealität dar.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden geschult, fühlen sich danach aber oftmals nicht besser vorbereitet, sondern allenfalls mit Daten und Fakten überhäuft, ohne Bezug zu ihren Fragen oder auch ihren Bedenken gegenüber der kommunalen Doppik. Die intensive bayernspezifische Diskussion um die Sinnhaftigkeit der kommunalen Doppik trägt zudem zur weiteren Verunsicherung bei.

Darüber hinaus hat sich in der Praxis der Planspiele gezeigt, dass auch die Mitglieder des Gemeinderats ein hohes Interesse an anschaulichen und praxisnahen Informationen zur kommunalen Doppik haben. Erfahrungsgemäß fehlt den in der Regel berufstätigen Gemeinderatsmitgliedern die Zeit für zeitintensive Schulungsmaßnahmen. Gerade hier hat sich das Planspiel als eine hervorragende Alternative zu konventionellen Schulungsmaßnahmen bewährt.

### 1. Ziel des Spiels

Hier setzt das DATEVkommunal Planspiel© an: Es wurde aus praktischer Projekterfahrung heraus entwickelt und greift die in frühen Projektphasen häufig vorkommenden Stolpersteine für den

weiteren Projektverlauf auf:

- Fehlender Erfahrungshintergrund: Die Ausbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den öffentlichen Verwaltungen war in der Vergangenheit zumeist hauptsächlich auf die Kameralistik ausgerichtet; einschlägiges Fachwissen ist selten vorhanden und muss erst erarbeitet werden; Vorteile der Gewinnung von ressourcenorientierten Daten aus einem doppischen Rechnungswesen werden nicht erkannt.

- Doppikeinführung wird als „verordnet“ erachtet: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter identifizieren sich nicht mit dem neuen System.

- Einführung des Neuen Haushaltsrechts wird auf die Einführung der Doppik oder der Software reduziert; eine verbesserte Steuerung über den kennzahlenbasierten Produkthaushalt wird auf Grund (noch) fehlender Erfahrung ausgeblendet.

- Aufwand wird als (zu) groß betrachtet; der Nutzen der Umstellung wird nicht deutlich.

- Ängste, den Anforderungen der Doppik nicht gerecht zu werden.

- Der Gemeinderat ist nur dabei

statt mittendrin. Die Möglichkeiten der Verbesserung der Steuerung der Kommune werden verschenkt.

- Überfluss an Information führt nicht zur Erkenntnis, sondern zu Verwirrung: Umfangreiche und inhaltlich überfrachtete Doppikschulungen vermitteln den Eindruck, mit der Doppik werde alles komplizierter.

### Vorteile verdeutlichen

Der Übergang zum neuen kommunalen Finanzwesen soll nicht als eine reine Umstellung des Rechnungsstils oder der Software betrachtet werden, der entscheidungslogisch und ablauforganisatorisch nichts verändert. Bewusst legt das Planspiel Wert auf die entscheidungsunterstützende Funktion des Rechnungswesens, die letztlich die Vorteile der Doppik gegenüber der Kameralistik begründet und verdeutlicht.

### Vermittlung der Elemente

Das Planspiel liefert einen Überblick zum integrierten Ansatz einer verbesserten Steuerung der Kommune über Produkte, Maßnahmen und Kennzahlen, die aus dem doppischen Rechenwerk gespeist werden. Eine ganzheitliche, anschauliche Vermittlung der Reformationen in Form des Planspiels bietet weiter die Chance, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für eine erfolgrei-

che Umstellung zu aktivieren und die grundlegenden Elemente der Reform zu verdeutlichen.

### Simulation von Abläufen

Über das Planspiel wird auch der Einführungsprozess der Doppik veranschaulicht. Einerseits skizziert das Spiel den materiellen Umbruch in der Verwaltung, schafft aber auch Vertrauen zu dem Thema durch Simulation praktischer Abläufe unter veränderten Voraussetzungen. Das Planspiel bietet die Möglichkeit, Doppik im wahrsten Sinn des Wortes be-„greifbar“ zu machen. Und das nicht an Hand von abstrakten Vorträgen oder ermüdenden Präsentationen, sondern durch eigenes, aktives Tun der Teilnehmer. Dabei kommt der unkonventionellen Form der Wissensvermittlung in Form über das Spielbrett eine zentrale Bedeutung zu. So wird beispielsweise das Anordnungswesen in Form stark assoziativer Spielvorgänge abgebildet. Die Anordnung wird mittels Papiergeld simuliert, die Zahlung mit Münzen. So werden abstrakte Begriffe wie Aufwand oder Auszahlung auf konkrete, fassbare Vorgänge übertragen.

### Stete Entscheidungen

Zudem bietet das Planspiel anders als eine konventionelle Schulung kaum Gelegenheit, sich „zurückzulehnen“ oder sich gar ganz aus dem Geschehen heraus zu halten. Die Spielsituation macht es vielmehr für alle Teilnehmer erforderlich, immer wieder aufs Neue Entscheidungen über die „richtige“ Buchung zu treffen.

Die Vermittlung der Inhalte über das Spielbrett wird seitens der Teilnehmer als gelungen und anschaulich erachtet. Es wird aber (Fortsetzung auf Seite 7)

### Volksbanken und Raiffeisenbanken:

## Starkes Kreditwachstum

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken haben 2009 die Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen erheblich ausgeweitet. Das zeigen die vorläufigen Zahlen zur Kreditentwicklung bei den bayerischen Genossenschaftsbanken im Jahr 2009. Danach stiegen die Ausleihungen an mittelständische Unternehmen in diesem Jahr um 7 Prozent. An wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen wurden knapp 5 Prozent mehr Darlehen ausgereicht.

Das Wachstum bei den Firmenkrediten von über 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2009 hat den höchsten Wert seit 1996 erreicht. Insgesamt belaufen sich die Firmenkreditvergabe der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken per Jahresende 2009 auf mehr als 29,3 Milliarden Euro.

Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte legten die Ausleihungen ordentlich zu. „Wir nehmen unsere Verpflichtung gegenüber der heimischen Wirtschaft ernst und haben möglich gemacht, was möglich zu machen war“, kommentiert der Präsident der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Stephan Götzl, die Entwicklung. Auch für das Jahr 2010 ist der Verbandspräsident optimistisch: „Wir liegen jetzt kurz vor dem Jahreswechsel bei den offenen Kreditzusagen bereits deutlich über dem Niveau zum Jahreswechsel 2008/2009.“ Das unterstreiche, dass der bayerische Mittelstand auch im neuen Jahr auf die Kreditvergabe der Volksbanken und Raiffeisenbanken vertrauen könne. □

## MünchenerHyp gewinnt „Deal of the Decade“-Wahl

Mit großem Abstand hat die MünchenerHyp mit dem in 2008 begebenem öffentlichen Jumbo-Pfandbrief (1 Mrd. Euro, 4,5 %, Sept. 11) die Wahl zum „Deal of the Decade“ gewonnen. Erstmals in der Covered Bond-Geschichte führte das britische Fachmagazin *The Cover/Euroweek* eine Umfrage für den besten Transaktion der Jahre 2000 bis 2009 unter den Marktteilnehmern durch.

„Dass wir uns gegen fast 700 in der letzten Dekade weltweit begebenen Covered Bonds durchsetzen konnten, ist ein großer Vertrauensbeweis unserer Partner und vor allem unserer Investoren“, sagte Rafael Galuszkiewicz, Leiter Treasury der MünchenerHyp.

Die als Transaktion des Jahrzehnts ausgezeichnete Emission wurde bereits im Vorjahr vom re-

nommierten Fachmagazin IFR mit dem „Covered Bond of the Year 2008“-Award prämiert. Seit Jahren genießt die MünchenerHyp durch ihre transparente Refinanzierungsstrategie und Investorenbetreuung einen hervorragenden Ruf im In- und Ausland. Die regelmäßig begebenen Pfandbrief-Emissionen finden großen Anklang bei den Investoren. □

„Meine Bank“

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Vertrauenswürdig, sympathisch, persönlich vor Ort.  
Das sind unsere Stärken, auf die Sie sich verlassen können.  
Wir beraten Sie kompetent und fair. Gern unterstützen wir Sie dabei, Ihre Ziele und Wünsche zu erreichen.

Volksbanken  
Raiffeisenbanken





Da strahlen der Freudibold von den Kistenkobolden und Horst Erhardt vom beta Institut (Mitte): Helmuth Lindner (Personalratsvorsitzender, rechts) und Richard Fank (Vorstandsvorsitzender, links) überreichen die Spende der Kreissparkasse. □

## Vom Azubi bis zum Pensionisten

Kreissparkasse Augsburg hat ein Herz für Papilio

Papilio, das Präventionsprogramm gegen Sucht und Gewalt in Kindergärten, ist für die Kreissparkasse Augsburg eine Herzensangelegenheit. Auf der Personalversammlung in der Stadthalle Gersthofen übergaben der Personalratsvorsitzende Helmuth Lindner und der Vorstandsvorsitzende Richard Fank nun eine Spende über 10.000 Euro an Horst Erhardt, Geschäftsführer des beta Instituts.

Bereits zum zweiten Mal widmete die Belegschaft die Erlöse aus der Tombola ihres Mitarbeiterfestes sowie aus Inventarverkäufen komplett dem Präventionsprogramm. Der Vorstand rundete auf die fünfstelligen Summe auf.

### Vorbildliche Arbeit

„Wir stehen voll und ganz hinter Papilio. Vom Azubi bis zum Pensionisten haben sich alle beteiligt“, betonte Helmuth Lindner. Richard Fank lobte die vorbildliche Arbeit des Teams um Horst Erhardt und Projektleiterin Heidrun

Mayer: „Um Kinder, die Papilio kennen gelernt haben, müssen wir uns keine Sorgen machen.“

### Flächendeckende Einführung

Schon 2006 hat sich die Kreissparkasse Augsburg als einer der ersten Paten von Papilio eine Aufgabe gestellt: Das Präventionsprogramm soll im Landkreis Augsburg flächendeckend eingeführt werden. Die finanzielle Unterstützung fließt in die Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher in den Kindergärten.



### Rudolf Faltermeier

## Honorarprofessor der TU München

Im Rahmen einer Feierstunde im Siemens-Forum München wurde Vizepräsident Rudolf Faltermeier vom Sparkassenverband Bayern in Würdigung seiner Verdienste als langjähriger Lehrbeauftragter an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität München zum Honorarprofessor der TU München ernannt.

Von links: Prof. Dr. Prof. h.c. Dr. h.c. Ralf Reichwald, TU München, Prof. Rudolf Faltermeier und der Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der TU München, Prof. Dr. Christoph Kaserer. □

### Ab Anfang Februar:

## Reparatur von Sparkassen-Cards und Kreditkarten

Die deutschen Sparkassen und Landesbanken werden ab Anfang Februar die durch eine fehlerhafte Programmierung betroffenen SparkassenCards und Kreditkarten durch ein Update an besonders gesicherten Terminals in vielen Geschäftsstellen kostenlos so neu konfigurieren, dass die Karten wieder überall im In- und Ausland fehlerfrei eingesetzt werden können.

Der Update-Vorgang selbst dauert nur wenige Sekunden und wird durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkassen durchgeführt, die auch für persönliche Beratungen und Hilfestellungen zuständig sind. Hierfür stehen rund 5.000 Terminals zur Verfügung.

Die Sparkassen haben bereits frühzeitig auf die Update-Lösung gesetzt und damit einen für die Kunden nachteiligen Austausch

ung. Diesen Service sollten zunächst Kunden nutzen, die bis Mitte Februar Auslandsreisen beabsichtigen.

Die Sparkassen haben bereits frühzeitig auf die Update-Lösung gesetzt und damit einen für die Kunden nachteiligen Austausch

Vorstellung von DSGV-Vorstandsmitglied Werner Netzel:

## „Diagnose Mittelstand 2010“

„Gute Eigenkapitalausstattung hat deutschen Unternehmen durch die Krise geholfen“

Die deutschen Unternehmen konnten quer durch alle Größenklassen bis zur heißen Phase der Rezession ihr Eigenkapitalpolster stärken. „Dies ist einer der wesentlichen Gründe, warum die Unternehmen trotz der Tiefe der Verwerfungen zu Beginn des Jahres 2010 in einem vergleichsweise guten Zustand sind“, so Werner Netzel, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) anlässlich der Vorstellung der Studie „Diagnose Mittelstand 2010“ in Berlin.

Es sei mehr als beachtlich, dass die deutsche Wirtschaft bis Ende 2008 die Eigenkapitalquoten im Durchschnitt steigern konnte. Sie lagen Ende des Bilanzjahres bei 13,9 Prozent und damit 2,4 Prozentpunkte besser als im Vorjahr. Netzel erinnerte daran, dass die Abschlüsse 2008 das beim Bruttoinlandsprodukt und den Auftragsengängen abgestürzte Schlussquartal enthielten. Auch der Anteil der Unternehmen, die ohne bilanzielles Eigenkapital auskommen mussten, sei 2008 um knapp fünf Prozentpunkte auf 29,7 Prozent gesunken und liege damit erstmals seit Durchführung der Studie unter 30 Prozent.

### Von Reserven gezehrt

Allerdings, so Netzel weiter, hätten die Unternehmen im schwierigen Rezessionsjahr 2009 zunehmend von den Reserven zehren müssen. Die Sparkassen hätten im Jahresverlauf bei ihren Firmenkunden eine sich deutlich verschlechternde Eigenkapitalausstattung beobachtet.

Dennoch haben fast 60 Prozent (58,3%) der Sparkassen in 2009 mehr oder zumindest gleich viel Mittel für Investitionsfinanzierungen an ihre Firmenkunden vergeben. Davon

konnten 20 % der Institute unter den schwierigen Bedingungen des Jahres 2009 mehr Investitionsprojekte finanzieren.

### Urteil spricht klare Sprache

Nach der konkreten Zielsetzung der Investitionsfinanzierungen befragt, spricht das Urteil der Experten eine klare Sprache: Echte Erweiterungsinvestitionen wurden nur zu 12,5 % genannt. „Das ist ein deutlich geringerer Anteil als in den Vorjahren, kann aber in der aktuellen Lage kaum überraschen“, so Netzel.

### Perspektiven werden abgesichert

Der weit überwiegende Teil der deutschen Wirtschaft habe die Belastungen des vergangenen Jahres gut weggesteckt und könne nun den Blick wieder nach vorn richten. Die Sparkassen-Finanzgruppe werde dies unterstützen. Netzel: „Wir haben zugesagt, die Perspektiven der deutschen Unternehmen durch umfassende Sonderkreditprogramme in den Sparkassen sowie durch Eigenkapitalhilfen abzusichern. Wir arbeiten daran, unser Engagement in diesem Bereich weiter zu verstärken.“ □

### Sparkassen-Dienstleistungszentrum:

## Verwaltungsrat erteilt Auftrag für Konzeption

In seiner letzten Sitzung informierte und beriet sich der Verwaltungsrat der Kreissparkasse Augsburg ausführlich über die mögliche Verlagerung der Marktfolgetätigkeiten in eine eigene Dienstleistungsgesellschaft am Standort Schwabmünchen. Das Aufsichtsgremium beauftragte den Vorstand, sich weiter intensiv mit dem Thema zu beschäftigen und vertieft in eine Konzeptionsphase einzutreten. Als Partner zieht die Kreissparkasse dazu den Bankenservice Berlin, ein Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe, hinzu.

Die Unternehmen hatten zuvor eine Machbarkeitsstudie durchgeführt. Diese zeigte, dass die Fokussierung auf Marktfolgetätigkeiten in einer eigenen Gesellschaft im Wirtschaftsraum Augsburg wirtschaftlich und operativ sinnvoll umgesetzt werden kann.

### Klare Prämissen

Klare Prämissen für die weitere Konzeption sind, dass die derzeitigen Kreissparkassen-Mitarbeiter eine Arbeitsplatzgarantie zu den bestehenden Konditionen

erhalten, dass die Kreissparkasse alle wichtigen Entscheidungen trifft, den Geschäftsführer der neuen Gesellschaft stellt und Mehrheitsgesellschafter wird. Die Ansiedlung im Wirtschaftsraum Augsburg muss zudem längerfristig garantiert sein.

Kunden werden von den Veränderungen in der Kreditabwicklung nicht direkt betroffen sein. Sie werden weiterhin von ihren derzeitigen Betreuern beraten. Langfristig profitieren sie zum Beispiel von einer schnelleren Bearbeitungszeit ihrer Kredite. □

der Karten vermeiden können. Auf das zugrunde liegende Verfahren hatten sich die im Zentralen Kreditausschuss zusammengeschlossenen kreditwirtschaftlichen Verbände geeinigt. Die dafür notwendigen Verfahren sind erfolgreich getestet, pilotiert und mit Sicherheitsüberprüfungen versehen worden. Erste Updates an Echt-Karten haben bereits stattgefunden.

Ab Mitte Februar wird dieses Update zusätzlich auch an allen 25.700 Geldautomaten der deutschen Sparkassen und Landes-



Tourismus-Geschäftsführer Michael Lücke (links) und Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Traunstein-Trostberg Werner Linhardt bei der Präsentation des Tourismusbarometers. □

### Kreissparkasse Traunstein-Trostberg:

## Unterstützung für „Bayerns Lächeln“

Mit rund 15.000 Euro unterstützt die Kreissparkasse Traunstein-Trostberg Jahr für Jahr den Tourismus in der Region. Der Betrag setzt sich aus dem Zuschuss für den Chiemgau Tourismus e.V. und aus Zuwendungen an Tourismusgemeinden zusammen.

Bei der Präsentation des neuen Sparkassen-Tourismusbarometers bedankte sich Tourismus-Geschäftsführer Michael Lücke sehr herzlich bei Vorstandsvorsitzenden Werner Linhardt für dieses Engagement.

### Tourismusbarometer

Das Tourismusbarometer der Sparkassenorganisation spiegelt

sowohl die Tourismusentwicklung in der Region als auch auf Bundesebene wider und zeigt die wirtschaftliche Situation des Gastgewerbes und der Freizeitwirtschaft auf. Sowohl die Branche selbst als auch die Politik schätzen das Tourismusbarometer als fundierte Informationsquelle über wichtige wirtschaftliche Weichenstellungen im Tourismus. □

## § GZ Aktuelle Rechtsprechung §

### Kommunalaufsicht:

## Schulauflösung zum Haushaltsausgleich

Da eine Gemeinde schon seit einigen Jahren nicht über ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept verfügte, bekam sie von der Kommunalaufsicht die Anordnung, kurzfristig eine Schulentwicklungsplanung in Kraft zu setzen, in der mehrere Schulen rechtswirksam genannt werden sollten, die auslaufend aufgelöst wurden.

Die Gemeinde wollte dieser Anordnung nicht entsprechen, so dass sich das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen mit der Angelegenheit im Beschluss vom 17.12.2008 – 15 B 1755/08 befasst hat. Die Kommunalaufsicht war der Auffassung, dass nach dem Gemeinderecht eine Gemeinde bei einer nicht bekannt gemachten Haushaltssatzung ausschließlich Aufwendungen ent-

stehen lassen und Auszahlungen leisten darf, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Ausgaben unaufschiebbar sind. Die Regelung ist lediglich für einen relativ kurzen Übergangszeitraum gedacht.

Während der vorläufigen Haushaltsführung bleiben danach solche haushaltswirtschaftlichen Maßnahmen zulässig, die der rechtlichen Verpflichtungen der Gemeinde entsprechen. Der laufende Betrieb und die Unterhaltung von Versorgungs- und Verkehrseinrichtungen, von Spiel-, Sport- und Erholungseinrichtungen, von Schulen, kulturellen Einrichtungen usw. darf durch das Fehlen der haushaltsrechtlichen Grundlage nicht gefährdet werden.

Die gesetzliche Regelung bietet aber keine Möglichkeit, den haushaltsrechtlichen Begriff der „Weiterführung notwendiger Aufgaben“ einschränkend zu interpretieren, wenn sich eine Kommune über längere Zeit in einen haushaltslosen Zustand befindet. Andererseits hat die haushaltsrechtliche Befugnis zur Finanzierung der Weiterführung notwendiger Aufgaben nicht automatisch eine

Fortschreibung des vorhandenen Zustands hinsichtlich des Bestandes der öffentlichen Einrichtungen der Kommune zur Folge.

Eine Verpflichtung zur Schließung von mehreren Schulen ergab sich auch nicht aus dem Grundsatz der Sparsamkeit der Haushaltsführung. Dafür ist der Gemeinde nämlich ein weitgehender Entscheidungsspielraum zuzubilligen. So kann sich eine Pflicht zur konkreten Einsparung im Einzelfall aus dem Grundsatz der Sparsamkeit der Haushaltsführung jedenfalls dann ergeben, wenn eine hinreichend gesicherte Tatsachengrundlage für die aus der Sparmaßnahme resultierenden Folgewirkungen vorhanden ist. Eine hinreichende Tatsachengrundlage für die Abschätzung der Folgewirkungen der verlangten Schulschließungen hatte aber der Gemeinderat verneint. So kam die Anordnung der Schulschließungen nicht in Betracht, sie war rechtswidrig.

Auch konnte die Aufsichtsbehörde die Anordnung nicht anstelle und auf Kosten der Gemeinde selbst durchführen. Die mit der Anordnung verfügte Festsetzung der Ersatzvornahme war unzulässig, weil die Ersatzvornahme erst durchgeführt werden darf, wenn die Gemeinde der Anordnung nicht innerhalb einer bestimmten Frist nachgekommen ist. Dafür hätte der Fristablauf abgewartet werden müssen. Bei einer Ersatzvornahme gibt es keine anerkannt rechtmäßige Praxis, das Zwangsmittel zugleich mit Grundverwaltungsakt festzusetzen. Dr. O.

Wettbewerb „Bester Bankbericht“:

## Vordere Platzierungen für LfA und Stadtparkasse München

Beim Wettbewerb „Bester Bankbericht 2009“ konnten bayerische Kreditinstitute mit hervorragenden Platzierungen aufwarten. Platz 2 ging an die LfA Förderbank Bayern, gefolgt von der Stadtparkasse München. An erster Stelle lag die Volksbank Paderborn-Höxter-Detmold. Wie jedes Jahr hatte das „Bankmagazin“ 99 Geschäftsberichte von Finanzinstituten aus ganz Deutschland getestet. Unter den ersten 20 rangieren auch die BayernLB (Platz 13) sowie die Kreissparkasse München-Starnberg (Platz 17).

Den Geschäftsbericht der LfA Förderbank lobte die Jury für seinen hohen Informationsgehalt, die elegante Gestaltung und die Kundennähe. Der mit dem dritten Rang dekorierte Bericht der Stadtparkasse München punktete mit seiner Zielgruppennähe und seinem gelungenen Einstieg. Neben der hervorragenden Platzierung in der Gesamtwertung kann sich die Stadtparkasse München auch über den ersten Rang in der Kategorie „Sparkassen“ freuen. Platz 3 belegt hier die Kreissparkasse München-Starnberg.

Wirtschaftsminister Martin Zeil gratulierte der LfA Förderbank Bayern mit den Worten: „Die hervorragende Gestaltung des Geschäftsberichts spiegelt die Top-Leistung der LfA im Fördergeschäft wieder. Die LfA Förderbank ist ein wertvoller Partner für den bayerischen Mittelstand bei allen Finanzierungsfragen. Sie spielt eine zentrale Rolle zur Sicherung der Kreditversorgung der bayerischen Unternehmen im sich abzeichnenden Aufschwung.“ Der Bericht der LfA bietet einen praxisnahen Einblick in die Schnittstelle von Staat, Finanzwelt und Realwirtschaft, lobte Zeil, der auch Verwaltungsratsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern ist.

Weitere Infos unter [www.bankmagazin.de](http://www.bankmagazin.de)

DK

## Der andere Zugang...

(Fortsetzung von Seite 5)

auch gechlaudent berichtet, dass die Intensität des Lernens - trotzdem oder gerade deshalb - sehr hoch sei.

Das Spiel dient nicht als Ersatz für klassische Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. Es wäre vermessen, an ein oder zwei Tagen die Fülle des dort angebotenen Stoffs in der gebotenen inhaltlichen Tiefe abhandeln zu wollen. Das Planspiel sieht sich deshalb nicht als Konkurrenz zu klassischen Schulungsmaßnahmen sondern vielmehr als Ergänzung. Gerade für Gemeinderatsmitglieder stellt es eine hervorragende Möglichkeit dar, Wissen über die zukünftigen Anforderungen aufzubauen und einen Überblick über die Gestaltungsmöglichkeiten im Einführungsprozess und dem anschließenden Regelbetrieb zu erhalten.

### 2. Spielaufbau

Theoretische Inhalte werden auf wenige grundlegende Themen beschränkt und einführend vom Moderator präsentiert. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt immer im aktiven, selbständigen Tun der Teilnehmer.

Sowohl im Kameralistik- als auch im Doppik-Teil weist das Spielbrett einen Gesamthaushalt und Teilhaushalte in Form von Unterabschnitten beziehungsweise Produkten auf. In der Kameralistik werden Verwaltungs- und Vermögenshaushalt geplant und bewirtschaftet, in der Doppik wird die Drei-Komponenten-Rechnung mit den Elementen Bilanz, Finanz- und Ergebnisrechnung auf dem Spielfeld abgebildet.

Drei bis fünf Personen teilen sich ein Spielbrett und sind verantwortlich für ihre „Musterkommune“. Sie planen und bewirtschaften gemeinschaftlich in Kameralistik und Doppik die jeweiligen Haushalte. Dabei gehen die Teilnehmer arbeitsteilig vor, in dem Aufgaben wie Anordnung, Kassenwesen oder das Mitführen der Buchungsfälle in den Musterformularen von verschiedenen Personen übernommen werden.

Die Teilnehmer erhalten vorstrukturierte Unterlagen, die einen geordneten Ablauf des Spiels sicher stellen. Sie bilden den Rahmen, der von den Moderatoren je nach den Wünschen des Kunden und der spontan auftretenden Fragen individuell ausgestaltet werden kann. Die Teilnehmer erhalten eine Präsentation mit den vom Moderator präsentierten Folien, die die wichtigsten Inhalte und

Begriffe der kommunalen Haushaltswirtschaft kurz darstellen.

Die Planung und Bewirtschaft der Gesamt- und Teilhaushalte im Spiel wird durch die Verwendung von Musterformularen simuliert, die zu planenden und zu buchenden Geschäftsvorfälle werden den Teilnehmern in Form von Musterfällen als Unterlage zur Verfügung gestellt.

Das Spiel folgt dem inhaltlichen und zeitlichen Ablauf beim Übergang von der Kameralistik in die Doppik und umfasst das letzte Haushaltsjahr in der Kameralistik mit Jahresabschluss, die Erstellung einer Eröffnungsbilanz, die Planung des ersten doppelischen Haushaltsjahres in Ergebnis- und Finanzhaushalt, die Buchung von Beispielfällen in der Doppik sowie die Erstellung der ersten Schlussbilanz.

### 3. Inhaltliche Schwerpunkte

Das Planspiel hat zum Ziel, den Übergang von der Kameralistik in die Doppik zu simulieren. Dabei ist aber nicht nur der Buchführungsstil im Fokus. Auch das in der Praxis oftmals weniger beachtete Thema der „Neuen Steuerung“ über den Produkthaushalt wird thematisiert.

### 3.1. Das kamerale Geschäftsjahr

Das kamerale Geschäftsjahr, im Spiel als Geschäftsjahr I bezeichnet, startet mit der Erstellung des Haushalts. Hierfür werden typisierte kamerale Haushaltsblätter aus den Musterformularen auf Unterabschnittsebene verwendet, in die die Teilnehmer die Planwerte eintragen.

Das Spiel wird mit der Bewirtschaftung des geplanten Haushalts fortgesetzt. Um eine möglichst große Realitätsnähe zu schaffen, wird das 4-Augen-Prinzip im Spiel konsequent umgesetzt.

Anordnungen werden mit Hilfe von Papiergeld dargestellt. Die Zahlungen werden mit Münzgeld von einer weiteren Person getätigt, die im Rollenspiel die Kassenleitung übernimmt. Das kamerale Geschäftsjahr endet mit der Erstellung des Jahresabschlusses.

Die Abbildung der Kameralistik hat einen hohen didaktischen Wert. Die Ergebnisse des kameralen Haushaltsjahres können im weiteren Verlauf des Spiels als Referenz für den Vergleich mit den Ergebnissen der doppelischen Haushaltsführung heran gezogen werden. Das Herausarbeiten von Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Bu-

chungssystemen wird so deutlich vereinfacht.

### 3.2. Die Produktsteuerung

Das Thema Steuerung wird im Rahmen des Planspiels durch einen Übungsteil abgebildet. Der Einstieg erfolgt über eine moderatorenvermittelte Kurzeinführung zum Thema Steuerung und Produkte. Die Teilnehmer erhalten dann die Aufgabe, mit Hilfe eines Leermusters für ein vorgegebenes Produkt eine Produktbeschreibung zu erstellen.

Neben der Beschreibung des Produkts sind die Teilnehmer auch gefordert, passende Definition von Zielen, Maßnahmen und Kennzahlen für das Beispielprodukt zu finden. Eine Diskussion der gefundenen Lösungen vermittelt den Teilnehmern, dass der Zugang zum Thema Produkt in starkem Maß von den Steuerungsanforderungen der Politik und der Verwaltung abhängt und stets einer kommunenindividuellen Ausgestaltung bedarf. Begriffe wie Steuerung, Controlling oder Zielorientierung sind oftmals nur abstrakt bekannt und nicht mit konkreten Inhalten oder Vorgehensweisen in Kommunen verbunden.

Dieser Teil des Planspiels stellt sicher, dass alle Reformbeteiligten – Verwaltungsspitze, Verwaltungsmitarbeiter und die Politik in den Gremien – verstehen, dass auch sie von der neuen Form der Steuerung betroffen sind. Denn eines ist im bisherigen Reformverlauf deutlich geworden: Wenn es nicht gelingt, bei allen Beteiligten ein (Ein)verständnis für diese neue Form der kommunalen Steuerung zu finden, wird die Reform weniger Wirkung entfalten als sie dies bei konsequenter Umsetzung des neuen Steuerungsansatzes haben könnte.

### 3.3. Das doppelische Haushaltsjahr

Der Einstieg in die doppelische Haushaltsführung erfolgt mit der Erstellung einer Eröffnungsbilanz, die die Teilnehmer auf der Basis von vorgegebenen Werten eigenständig erarbeiten.

Am Beispiel dieser Bilanz werden die zentralen Positionen der Aktivseite erläutert. Abhängig vom Stand des Umsetzungsprozesses in den Kommunen der Teilnehmer können auch grundsätzliche Hinweise auf den Prozess der Erstellung einer Eröffnungsbilanz vermittelt werden.

Das Hauptaugenmerk bei der Besprechung der Passivseite liegt auf dem Begriff des Eigenkapitals und seiner zentralen Funktion für das Verständnis der Bilanz und der Bewertung eines doppelischen „Erfolges“ in Form eines positiven Ergebnisses in der Ergebnisrechnung.

Analog zum Vorgehen in der Kameralistik wird das Spiel durch die Planung des doppelischen Haushalts fortgesetzt. Der Schwerpunkt liegt in dieser Spielphase auf der Vermittlung der Kenntnisse, welche Teilhaushalte durch die abzubildenden Beispielfälle zu beplanen sind. Die Begriffe Einzahlung/Auszahlung und Ertrag/Aufwand werden so an Hand von konkreten Fällen erklärt und damit anschaulich gemacht, ohne zwingend auf betriebswirtschaftliche Vorkenntnisse zurückgreifen zu müssen. Der so geplante Haushalt wird dann bewirtschaftet. Die Teilnehmer buchen die Geschäftsvorfälle mit der bereits erläuterten Arbeitsteilung in anordnende und vollziehende Stelle.

Das Jahr wird mit der Erstellung des Jahresabschlusses beendet. Der Vergleich der Eröffnungs- und Schlussbilanz macht die doppelischen Erfolgsfaktoren deutlich. Konkret und anschaulich am Beispiel der Buchungsfälle und der Jahresergebnisse. Abstrakte Größen wie „Aufwand“ oder „Rechnungsabgrenzung“ werden begreifbar und an konkreten Beispielen erklärt. Gerade für diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die noch keinen Kontakt mit Inhalten und Vorgehensweisen der Doppik hatten, stellt diese Form des Zugangs ei-

ne enorme Hilfe dar. Ohne eine langwierige Schulung können klar und nachvollziehbar die Grundprinzipien der beiden Buchführungs- und Rechnungslegungssysteme dargestellt werden.

Abschließend werden die Ergebnisse aus Kameralistik und Doppik einander gegenüber gestellt. Hier wird schnell deutlich, dass die Doppik weitergehende Informationen liefert als die Kameralistik - wenn Bilanz, Ergebnis- und Finanzrechnung richtig interpretiert werden.

### 4. Fazit

Um aus dem neuen doppelischen Rechnungswesen möglichst großen Nutzen für die Kommune zu ziehen, benötigen die bisher kameral arbeitenden Beschäftigten der Finanzverwaltung, die mit Finanzfragen befassten Kollegen der Fachämter, die Verwaltungsführung aber auch die politischen Entscheidungsträger einen Überblick über die Komponenten des Rechnungswesens, über die Planungs- und Ausführungsprozesse und über die Zusammenhänge der strategischen und operativen Entscheidungen.

## Kommunales Zins- und Schuldenmanagement

Die bislang größte Umfrage unter deutschen Kammereien zum kommunalen Zins- und Schuldenmanagement ist abgeschlossen. Das Institut für Öffentliche Finanzen und Public Management in Leipzig hat mit Unterstützung der KFPD GmbH, Frankfurt, die Ergebnisse in einer umfassenden Studie zusammengestellt.

In der 60 Seiten starken Studie finden sich neben der Auswertung des 28 Punkte umfassenden Fragebogens u. a. eine Darstellung des aktuellen Stands der kommunalen Verschuldung in Deutschland, die wichtigsten Ziele und Instrumente des Zins- und Schuldenmanagements, eine Beschreibung der wichtigsten Absicherungsinstrumente, ein Überblick über verbreitete Analysemethoden für das Risikoma-

Bei allen DATEV-Umstiegsprojekten hat es sich gut bewährt, die Beteiligten in einer frühen Projektphase durch simulierte Geschäftsvorfälle im Rahmen eines Planspiels auf die theoretischen und praktischen Unterschiede der alten und neuen Rechnungslegung vorzubereiten.

Der Zugang über das Spielbrett mit seinen greifbaren, visualisierten Inhalten erleichtert das Verständnis der grundlegenden Begriffe und Inhalte der Doppik und stellt eine umfassende, gesamtgesellschaftliche Information über die kommunale Doppik sicher.

Das Planspiel wird darüber hinaus auch verstärkt im Rahmen von Lehr- oder Seminarveranstaltungen öffentlicher Bildungsinstitute und Hochschulen eingesetzt.

**\*Unser Autor ist ehemaliger Kämmerer und seit 10 Jahren in der kommunalen Softwarebranche in Bayern tätig. Er ist bei der DATEV für die Betreuung der bayerischen Kommunen zuständig und hat bereits zahlreiche Planspiele für die DATEV durchgeführt.** □

Minister Fahrenschon:

## Keine Kürzung des kommunalen FAG!

„Von einer aktiven Kürzung der Ansätze des kommunalen Finanzausgleichs in den Jahren 2011, 2012 und 2013 kann keine Rede sein“, stellte Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon in München fest.

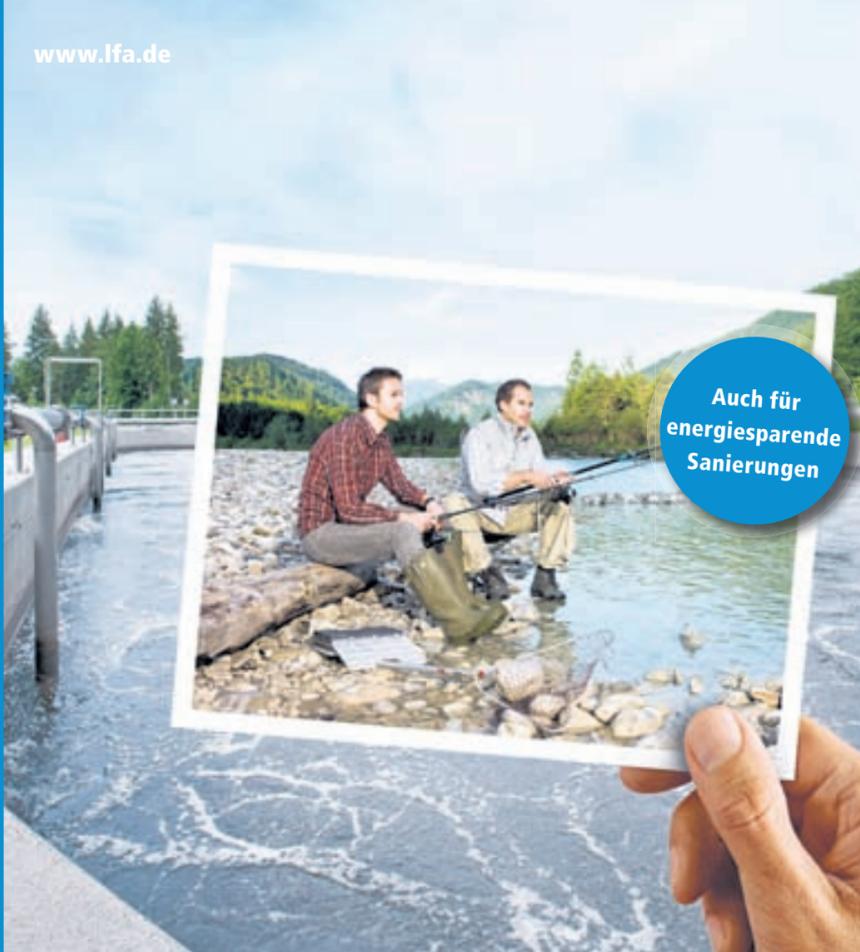
Automatische Effekte

Im Finanzplan seien nur die automatischen Effekte der geschätzten Entwicklung der Steuerverbände auf Grundlage der Steuerschätzung auf die bayerischen Kommunen beschrieben. „Dahinter steckt weder Kürzungsabsicht noch eine Vorwegnahme der Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden über die zukünftigen Finanzausgleiche“, hob Fahrenschon hervor.

Verlässlicher Partner

„Die Bayerische Staatsregierung weiß um die wichtige Rolle der Kommunen, und wir bleiben ihr verlässlicher Partner. Der Finanzausgleich 2010 ist dafür der beste Beweis. Deswegen federn wir darin 2010 den vorgezeichneten Rückgang der Steuermittel im gemeinsamen Verbund bei den Kommunen mit 44 Millionen Euro ab. Insgesamt stützen wir die kommunalen Verwaltungshaushalte mit zusätzlichen 60 Millionen Euro“, so Fahrenschon zum Abschluss. □

[www.lfa.de](http://www.lfa.de)



Auch für  
energiesparende  
Sanierungen

Infrakredit Kommunal

Wasserversorgung | Abwasserentsorgung | Verkehrsinfrastruktur | Touristische Infrastruktur | Energieeinsparung

Der Infrakredit Kommunal der LfA Förderbank Bayern – beste Konditionen für Kommunen

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Bayern zu stärken und zu fördern, ist unser Ziel. Daher bieten wir für Kommunen, kommunale Eigenbetriebe und Zweckverbände den Infrakredit Kommunal an – in Kooperation mit der KfW Förderbank. Wir finanzieren kommunale Investitionen mit stark zinsverbilligten Krediten. Besuchen Sie uns im Internet unter [www.lfa.de](http://www.lfa.de) oder rufen Sie unsere Spezialisten an unter 089/21 24-22 62. Gerne geben wir Ihnen detaillierte Auskünfte.



**LfA FÖRDERBANK BAYERN**  
Damit machbar wird, was denkbar ist.

Karl-Amberg-Schule in Alzenau:

## Spatenstich für Generalsanierung

Die Karl-Amberg-Hauptschule wird in den kommenden Jahren umfassend saniert, umgebaut und erweitert. Im Rahmen einer kleinen Feierstunde, die von der Schulgemeinde musikalisch gestaltet wurde, erfolgte der symbolische erste Spatenstich.

Bis Mitte 2012 werden nicht nur die Räume im 80 Jahre alten Schulgebäude an der Prischofstraße und der sogenannte Sternbau aus dem Jahr 1962 modernisiert, sondern dazwischen entsteht zudem ein Neubau als Verbindungsstrahl mit Treppenturm und Aufzugsanlage, durch die nahezu alle Räume künftig barrierefrei zu erreichen sein werden.

Im Mittelpunkt steht die energetische Sanierung. So erhalten die bestehenden Altbauten Vollwärmeschutz an Fassade und Dach, neue Fenster und eine neue Heizungszentrale mit Nahwärmeversorgung. Aber auch die zeitgemäße Gestaltung und Einrichtung der Klassenzimmer mit entsprechender Medientechnik oder die Einrichtung eines Berufsbüros sind geplant.

Bürgermeister Walter Scharwies sprach in seiner Ansprache von einer sinnvollen und zeitgemäßen Investition und bezog das nicht nur auf die baulichen Anpassungen, die in Zukunft deutlich Energiekosten sparen helfen werden. Vielmehr entspreche die Schule nach ihrer Rundum-Erneuerung den modernen

pädagogischen Anforderungen und werde einer Zukunft gewachsen sein, die auch die mögliche Einrichtung einer Mittelschule einschließt.

Als vorgezogene Maßnahmen entstanden bereits im Schuljahr 2006/2007 Außenflucht-Treppentürme, um einen zweiten baulichen Fluchtweg aus den Klassenzimmern herzustellen.

### Bessere Organisation

Insgesamt werden dann den Schülern und Lehrern nach Abschluss der Arbeiten 4.850 m<sup>2</sup> zur Verfügung stehen und damit rund 1.200 m<sup>2</sup> mehr Fläche als bisher. Dieser zusätzliche Platz ermöglicht die Integration der Zweigstelle der Schule in Wasserlos. Das bedeute weniger Busfahrten für die Schüler, weniger Zeitverlust und eine bessere Unterrichtsorganisation, so Scharwies.

Insgesamt 9,6 Millionen Euro



V. l.: Schulleiterin Janina Olszewski, die Schulsprecherinnen Seyma Deniz und Anna Trageser, Architekt Jürgen Kubitz, Bauunternehmer Bernhard Göbel, Bürgermeister Walter Scharwies und Landrat Dr. Ulrich Reuter beim gemeinsamen ersten Spatenstich. □

Baukosten inklusive der Außenanlagen und des neuen „Schulgartens“ sind für die nächsten Jahre im Haushalt eingeplant. Damit ist das Bauvorhaben eines der größten in der Stadtgeschichte und bedeute für die Kommune „einen finanziellen Kraftakt“, so der Rathausschef, auch wenn der Freistaat Bayern rund 2,5 Millionen Euro an Zuschüssen gebe.

Landrat Dr. Ulrich Reuter als „Hausherr“ der benachbarten Edith-Stein-Realschule beim Spatenstich zu Gast, würdigte die gute Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis im Bemühen, „der Region eine Bildungsbasis zu schaffen“. Respekt zolle er den Stadtpolitikern für ihre Weitsicht und ihren

Mut, unter den aktuellen finanziellen Rahmenbedingungen eine solche Investition zu stemmen.

In der nächsten Zeit müssen sich Schüler und Lehrkräfte mit einer Folge von Baustellen arrangieren. Den Anfang macht nach dem Jahreswechsel der Neubau, der die beiden alten Gebäude verbinden soll. Der Rohbau soll bis Mitte des Jahres stehen. Bereits im April kommenden Jahres läuft die Sanierung des Sternbaus an. Der älteste Gebäudeteil an der Prischofstraße wird voraussichtlich ab Dezember 2010 saniert.

Obwohl die Aussicht auf viel Lärm und Staub Befürchtungen wecke, so Schulleiterin Janina Olszewski, freuten sich doch alle auf ein modernes, funktionelles Gebäude, das dann endlich alle Klassen der Jahrgangsstufen fünf bis zehn unter einem Dach vereine. □

www.der-flexible-Raum.de  
Container · Raummodule · Hallensysteme

SDL in Thierhaupten:

## Ein Erfolgsmodell

Weiterbildungseinrichtung und Diskussionsforum für den ländlichen Raum

„Die SDL ist ein schwäbisches Erfolgsmodell, das weit über die Grenzen Schwabens hinaus strahlt“, so Bezirksstagspräsident Jürgen Reichert auf der Mitgliederversammlung der Schule der Dorf- und Landentwicklung (SDL) in Thierhaupten. In seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender des Vereins unterstrich Reichert die zentrale Rolle, die die SDL für Kommunalpolitiker, Bürger und Experten beim Aufbau einer aktiven, handlungsfähigen Bürgergesellschaft im ländlichen Raum spielt.

Immer weniger Menschen leben auf dem Land. Wie die Entwicklung ländlicher Regionen zukunftsfähig gestaltet werden kann, wird die Diskussionen der kommenden Jahre in hohem Maße prägen, darin sind sich die Fachleute einig. Denn was für die Weltbevölkerung seit 2007 gilt, ist seit diesem Jahr auch für Deutschland Fakt: Laut MdL Josef Miller, Minister a.D. leben mittlerweile auch hierzulande mehr Menschen in den Städten als auf dem Land. „Die Herausforderungen, die sich aus diesen Tendenzen für den ländlichen Raum ergeben, sind immens“, erklärte Geschäftsführerin Gerlinde Augustin.

### Rekordjahr für die SDL

Mit seinem Seminarangebot schafft die SDL ein Weiterbildungsforum für bayerische Gemeinden, das umfassend informiert, Unterstützung und Begleitung bietet, Raum für innovatives Denken schafft, Akteure vernetzt und mit gelungenen Projekten motiviert. Knapp 100 Seminare mit rund 2000 Teilnehmern

konnte die SDL 2009 veranstalten. „Diese gesteigerte Nachfrage ist nicht allein mit den Kommunalwahlen zu begründen“, erklärt Geschäftsführerin Gerlinde Augustin. Vielmehr ist das gesamte Themenspektrum nachgefragt worden. Neben diesem neuen Rekord konnte die SDL auch finanziell ihr bestes Ergebnis seit ihrer Gründung verbuchen.

Wichtig für die erfolgreiche Arbeit ist die Informationsplattform www.sdl-inform.de, die vor rund eineinhalb Jahren ins Netz ging und seither mit Praxisbeispielen und viel Know-how für eine wesentlich bessere Information und Vernetzung aller Beteiligten sorgt. Rund 1.200 Hits pro Monat verzeichnen die Verantwortlichen derzeit.

### Ressourcenmanagement der Zukunft

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung hatte die SDL zum 15. Mal zum traditionellen Thierhauptener Advent geladen. Als Referent konnte diesmal Professor Dr. Achim Reller vom Lehrstuhl für Ressourcenstrategie der Universität Augsburg gewonnen werden.

Sein Vortrag „Wie viel Ressourcen brauchen wir?“ führte nicht nur drastisch vor Augen, welche enormen Potentiale weltweiter Ressourcen für unseren heutigen Lebensstil eingebracht werden. Angesichts des gerade gescheiterten Klimagipfels, betonte er die herausragende Rolle, die die Suche nach neuen Strategien für die Nutzung dieser Potentiale in unserem Denken spielen muss. „Der einzige Rohstoff, der sich bei Gebrauch vermehrt, ist Wissen“, so Prof. Reller. Einrichtungen wie die SDL leisten einen wesentlich Beitrag zur Wissensvermittlung und optimalen Nutzung der Potentiale, die der ländliche Raum bietet. □

### Münchner Baukonferenz zum staatlichen Bauen:

## Kooperation mit Privaten

Im Rahmen der Baukonferenz „Gemeinsam bauen“ in der Hauptgeschäftsstelle des Bayerischen Bauindustrieverbands in München informierte Innenminister Joachim Herrmann über das Staatliche Bauen in Kooperation mit Privaten. Bei der Gelegenheit stellte er den neuen PPP-Leitfaden zum Thema Bauunterhalts- und Betriebsphase vor. Die Konferenz bot zudem Gelegenheit zum Dialog mit politischen Mandatsträgern, Vertretern der Kammern und Verbände sowie Partnern und Nutzern.

Nach Grußworten bzw. Vorträgen des Hauptgeschäftsführers des Bayerischen Bauindustrieverbands Gerhard Hess, des Geschäftsführenden Vorstands des Bayerischen Städtetags Reiner Knäusel und Dr. Heinrich Wieth-Körpich vom Bayerischen Gemeindetag verwies Innenminister Herrmann zunächst auf die Schwerpunkte der bayerischen Staatsbauverwaltung: den staatlichen Hochbau, die Städtebauförderung und den Straßenbau.



Prof. Armin Reller, Lehrstuhl für Ressourcenstrategie an der Uni Augsburg, BTP Jürgen Reichert und Geschäftsführerin Gerlinde Augustin (v. l.) überreichen dem Referenten einen Experimentierkasten zur Herstellung von sauberer Energie unter Nutzung von Sonne und Wasser. □

fort. Auch durch diese Programme sei der Trend zur Verlagerung von Planungsaufgaben in den privaten Sektor weiter verstärkt worden.

In punkto Städtebauförderung gab der Minister seiner Freude darüber Ausdruck, dass es mit dem im Herbst 2008 aufgelegten neuen Innenstadtprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ gelungen sei, noch mehr Kommunen für eine Teilnahme zu gewinnen. Nach zehn Modellstädten arbeiteten mittlerweile 47 Städte und Gemeinden im Programm Aktive Zentren mit.

Auf Landesebene bringen sich Herrmann zufolge zwölf Kooperationspartner ein. Eingebunden in diese Partnerschaft sind die kommunalen Spitzenverbände, die Verbände und Kammern der Wirtschaft, der Sparkassenverband Bayern, Haus & Grund Bayern sowie die Kammern und Verbände der Architekten, Ingenieure und Innenarchitekten, „also auch ein breites Netzwerk von privaten Akteuren und Fachleuten“. 2009 hätten Freistaat, Bund und EU bayernweit fast 154 Millionen Euro für die Städtebauförderung bereitgestellt. Für das noch junge Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren seien bislang rund 15 Millionen Euro eingeplant.

Bei der Anwendung von PPP-Projekten im Straßenbau nehme

## BauManager 2010

Preisträger als einer von „365 Orten im Land der Ideen“

Durchdachte Planung und Vorbereitung, Stein auf Stein setzen, das Dach ausbauen, aber dabei die Statik oder auch die Kosteneffizienz nicht vergessen – das Bauen ist eine komplexe aber vor allem auch spannende Angelegenheit. Beim einwöchigen „BauManager-Camp“ sammeln bayerische Gymnasiasten erste Erfahrungen in diesem Bereich.

Mit Bleistift, Laptop, Spachtel und Hammer ausgestattet schlüpfen jeweils 15 Jugendliche in die Rolle des Baumanagers und setzen in den modernen Bildungszentren des Bayerischen Bauindustrieverbands in München-Stockdorf und Nürnberg-Wetzendorf ihr eigenes Projekt in Teamarbeit um: vom Fundament bis hin zum Richtfest konstruieren sie ein Bauwerk im kleinen Maßstab und präsentieren es abschließend ihren Familien und Vertretern der Bauindustrie und Universitäten. „Mit diesen BauManager-Camps möchten wir den Schülerinnen und Schülern Lust auf die Baubranche machen und für ein Ingenieurstudium begeistern“, erklärt Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbands, den Hintergrund der Initiative. „Diese Überzeugungsarbeit tut Not, denn die Zahl der Absolventen in Ingenieurstudiengängen ist ausbaufähig: Allein in Bayern fehlen jedes Jahr rund 300 Bauingenieurinnen und -Ingenieure!“

Diese Idee und das Engagement wurde nun ausgezeichnet: Der Bayerische Bauindustrieverband ist mit seinem Bauindustri-

Zentrum München-Stockdorf ein „Ausgewählter Ort 2010“ im Land der Ideen. Er ist Preisträger im Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“, der nun bereits im fünften Jahr in Folge von der Standortinitiative „Deutschland - Land der Ideen“ durchgeführt wird. Unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler rückt der Wettbewerb „Ausgewählte Orte“ in den Mittelpunkt, die die Zukunft Deutschlands aktiv gestalten. Als „Ausgewählter Ort“ ist das BauManager-Camp des Bayerischen Bauindustrieverbands im Jahr 2010 Botschafter für das Land der Ideen und repräsentiert das Innovationspotential Deutschlands und Bayerns.

### Einfallsreichtum

Mehr als 2.200 Unternehmen, Einrichtungen und Initiativen hatten sich bundesweit für diese Auszeichnung beworben. Im Dezember 2009 wurden bei einer Feierstunde in München die 28 bayerischen Preisträger bekanntgegeben und von Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil geehrt: „Die Vielfalt und Vielschichtigkeit der eingereichten und prämierten Ideen zeigt: Deutschland, das Land der Dichter und Denker, ist ein Land der kreativen Köpfe, des Einfallsreichtums und Erfindergeists.“

Jeder „Ausgewählte Ort 2010“ wird darüber hinaus im Verlauf des Jahres 2010 bei einer eigenen Veranstaltung geehrt. Das BauManager-Camp erhält seinen Preis am 2. September 2010 im Bauindustriecenter München-Stockdorf. Zudem ist die Initiative des Bayerischen Bauindustrieverbands in der Begleitpublikation zum Wettbewerb unter dem Titel „365 Orte – Eine Reise zu Deutschlands Zukunftsmachern“ vertreten. □

Bayern eine Vorreiterrolle ein. Mit Public-Private-Partnership im Straßenbau verfolge der Freistaat mehrere Ziele: Die Baumaßnahmen sollen früher fertig gestellt sein. Erwartet werde aber auch qualitativ hochwertiges und dauerhaftes Bauen, weshalb der Vertrag über einen Zeitraum von 25 bis 30 Jahren geschlossen wird. Durch eine verstärkte Übertragung von Risiken erhielten die privaten Partner bei den Betreibermodellen mehr Verantwortung, aber auch größere Gestaltungsmöglichkeiten.

„Unsere Erwartungen haben sich bisher größtenteils erfüllt“, meinte Herrmann. Selbst enge Terminpläne würden eingehalten. Die Bauqualität sei bei allen Projekten überdurchschnittlich hoch. Darüber hinaus komme es bei den funktional beschriebenen Leistungen zu deutlich geringeren Kostensteigerungen als bei den konventionellen Realisierungen.

Von Anfang an habe die Staatsregierung Wert darauf gelegt, mit allen an PPP Interessierten zusammenzuarbeiten. Dieser Kooperation entspringe nun der vierte und vorerst letzte Teil des bayerischen PPP-Leitfadens. Den kommunalen Mandatsträgern empfahl Herrmann, sich Unterstützung durch das Bayerische Kooperationsmodell zu holen. Diese Unterstützung sei „kostenlos, neutral und kompetent“.

Der Leitfaden hierfür gibt Hinweise zu Art und Inhalt der Leistungsbeschreibung sowie zur Vertragsgestaltung. Er zeigt auf, welche Prozesse während der Betriebsphase ablaufen, und erleichtert es damit dem Auftraggeber, die erforderlichen Leistungen im Voraus im Vertrag zu beschreiben. **DK**

ISW

Institut für Städtebau und Wohnungswesen München

Angebote Fachwissen im Frühjahr 2010 zu folgenden Themen:

Bauleitplanung im Bestand, Bauordnungsrecht, Energieeffizienz, Stadt und Sicherheit, Einzelhandel und Raumentwicklung, Große städtebauliche Projekte, Zwischenutzung, Rechtsprechung, Handeln und Kommunizieren in Planungsprozessen

Bitte informieren Sie sich unter [www.isw.de](http://www.isw.de)

## 5. Würzburger Wasserforum:

## Herausforderung Klimawandel

Wie sicher ist die Trinkwasserversorgung auch in Zukunft? Dieser Frage geht die „Wasserversorgungsbilanz Unterfranken 2025“ nach, deren Ergebnisse jetzt vorliegen. Etwa 200 Gäste – in der deutlichen Mehrheit die unterfränkischen Wasserversorgungsunternehmen – kamen auf der Festung Marienberg zusammen, um beim Würzburger Wasserforum 2009 erstmalig über die Resultate der Bilanz informiert zu werden.

Die Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser ist weiterhin gesichert. So lautet die Kernaussage der „Wasserversorgungsbilanz Unterfranken 2025“. Wie Heribert Januszewski, Leiter des Sachgebiets Wasserwirtschaft bei der Regierung von Unterfranken, verdeutlichte, basiere die Botschaft „gesichert“ auf zwei Jahren harter Arbeit. Maßgeblich beteiligt war das Büro BGS Umwelt. Die Experten aus Darmstadt hätten bei ihren Berechnungen die Bevölkerungsentwicklung und den Klimawandel berücksichtigt.

### Kaum Defizite

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhof dankte zunächst den Wasserversorgern für ihr großes Engagement, die Bürger in Unterfranken mit einwandfreiem Trinkwasser zu beliefern. Die dortige Trinkwasserversorgung sei heute gut aufgestellt und Beanstandungen oder Defizite bei

der Bereitstellung von ausreichendem, sauberem Trinkwasser gebe es kaum. Dafür seien jedoch höhere Anstrengungen zu erbringen als in vielen anderen Regionen Bayerns, stellte Beinhof fest, denn: „Die naturgegebenen Randbedingungen in Unterfranken sind ungünstig.“

### Messbare Folgen

Dazu zählten geringe Niederschläge, Untergrund aus Festgestein mit geringer Filter- und Speicherwirkung sowie zumeist nur dünne Bodenschichten. Die Folgen seien messbar: Zwölf Prozent des Grundwassers überschreiten den Nitrat-Grenzwert von 50 mg/l nach der Trinkwasserverordnung. Eintrübungen und mögliche mikrobiologische Belastungen erfordern zusätzlich, dass rund zwei Drittel des gewonnenen Wassers aufbereitet werden muss.

Die Wasserversorgungsbilanz ist neben vielen anderen Aktivität-

ten ein weiterer Baustein, in dieser Situation Vorsorge zu treffen, betonte Heribert Januszewski. Er forderte die insgesamt 325 unterfränkischen Wasserversorgungsunternehmen auf, diese Ergebnisse im Rahmen eines internen Anhörungsverfahrens bis Februar mit den Wasserwirtschaftsämtern zu diskutieren, bevor sie in gedruckter Form herausgegeben werden.

### Kernaussagen

Im Anschluss wurden die Kernaussagen der Wasserversorgungsbilanz durch das Büro BGS Umwelt vorgestellt. Danach ist mit einer Abnahme der Bevölkerung in Unterfranken bis zum Jahr 2025 von im Mittel 3 % zu rechnen, wobei regional deutliche Unterschiede auftreten werden. In strukturschwachen Kommunen muss von einem Rückgang von bis zu 17 % ausgegangen werden. Parallel dazu soll auch der Wasserverbrauch sinken, von knapp 84 auf gut 81 Millionen Kubikmeter im Jahr, so Januszewski. Günther Oettinger, Bürgermeister von Großheubach, zweifelt das an. Der tatsächliche Verbrauch sei seit vielen Jahren niedriger als die Prognosen, Industriebetriebe sparten, Bürger nutzten vermehrt Regenwasser.

### Verbünde schaffen Abhilfe

Auch wenn der Wasserbedarf im Jahresmittel im Wesentlichen gedeckt ist, so können in ausgeprägten Trockenphasen verringerte Quellschüttungen bei einzelnen Wasserversorgern zu Defiziten beim Tagesspitzenbedarf führen. Hier kann nach Ansicht des BGS Umwelt ein überörtlicher Zusammenschluss von Versorgungsgebieten eine Verbesserung schaffen. Mit Blick auf die Versorgungssicherheit, d. h. des zweiten Standbeins beim Ausfall einer Gewinnungsanlage, gibt es bei einer Reihe von Versorgungsgebieten Defizite, die durch Erschließung neuer Wasservorkommen und regionale Verbünde behoben werden können.

### Grundwasserbelastung

Zudem wurde darauf hingewiesen, dass die Lieferung von Wasser aus Südbayern nach Unterfranken über die Fernwasserversorgungsunternehmen auch künftig für die Region 2 im Raum Würzburg eine hohe Bedeutung haben wird. Die Belastung des Grundwassers kann durch eine geänderte Flächenbewirtschaftung, insbesondere durch Kooperationen von Wasserversorgern mit Landwirten, messbar verbessert werden. Unterfranken muss dennoch auch in Zukunft mit qualitativen Problemen leben.

### Moderater Einfluss

Der prognostizierte Klimawandel kann insbesondere in Gebieten mit einem hohen Anteil an Quellwasser bis 2025 verstärkt zu Versorgungsengpässen führen. Im Mittel ist jedoch nur ein moderater Einfluss auf die Wasser-

gen. Große Wassermengen müssen umweltverträglich gewonnen werden. Der Umgang mit zum Teil großen Mengen an wassergefährdenden Stoffen birgt Risiken, die mit technischen und organisatorischen Maßnahmen beherrscht werden müssen. Energieeffiziente Wassernutzung und Abwasserbehandlung sind ein Muss für jeden Anlagenbetreiber.

Im vierten Themenblock der Wassertage wurden schließlich Praxisbeispiele aus unterschiedlichen Branchen präsentiert. DK

versorgung zu erwarten. Zur Deckung des Wasserbedarfs in Unterfranken sind grundsätzlich auch künftig noch ausreichende Dargebotsreserven vorhanden. Wichtig ist jedoch, dass die Wasserversorgungsunternehmen in Zukunft verstärkt ein Augenmerk auf die Entwicklung legen und rechtzeitig Vorsorge treffen, hob BGS Umwelt hervor.

Diese Aussagen bestätigte auch Prof. Dr. Heiko Paeth, Klimatologe am Institut für Geografie der Universität Würzburg. Die Auswirkungen des Klimawandels werden bis zum Jahr 2025 zunächst moderat spürbar sein, danach werden die Folgen gravierender. Welche Konsequenzen heute prognostiziert werden, hänge wesentlich von den verwendeten Vorhersagemodellen ab, die zwar ähnliche, aber hinsichtlich der Intensität durchaus unterschiedliche Auswirkungen ermitteln.

### „Hotspot“ Unterfranken

Paeth zufolge kann die Anzahl der heißen Tage über 30 Grad bis zum Ende des Jahrhunderts in Unterfranken von derzeit 30 auf über 150 Tage ansteigen. Unterfranken bezeichnete er dabei als „Hotspot“. Während seit Beginn der Globalisierung vor 150 Jahren der globale Temperaturanstieg bei 0,8 Grad liegt, werden in Unterfranken 2 Grad gemessen. Im Sommer ist hier bis 2099 ein Temperaturanstieg von 4,9 Grad möglich – jeweils ein mittleres Szenario zu Grunde gelegt.

Was die Niederschlagsentwicklung anbelangt, so ergeben die Klimamodelle für die Zukunft eine Zunahme im Winterhalbjahr und eine Abnahme der Niederschläge in den schon jetzt trockenen Sommermonaten. Prof. Paeth forderte die Zuhörer auf, die Warnungen ernst zu nehmen und die Aktivitäten der Wasserwirtschaft bereits jetzt an mögliche klimatische Veränderungen auszurichten.

### „Klimaprogramm Bayern 2020“

Dr. Richard Fackler, Vizepräsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt, gab abschließend einen Überblick über die Vorsorgestrategie, die der Freistaat Bayern beim Thema Klimawandel verfolgt. Das „Klimaprogramm Bayern 2020“ sei ein konkretes, auf Bayern zugeschnittenes Maßnahmenpaket, das auf die Handlungsbereiche Reduktion, Anpassung und Forschung setze. Auf dem Programm stünden u. a. Ziele wie die Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf deutlich unter sechs Tonnen je Einwohner, die Steigerung der Energieproduktivität um 30 % und die Verdoppelung des Anteils an erneuerbarer Energie auf 20 %. DK

## Zweckverband Stauden-Wasserversorgung:

## Staudenwasser fließt jetzt auch in Pfaffenhausen

Wasserpreis liegt seit über zehn Jahren unverändert bei 62 Cent

Reichertshofen/Stauden (wkl). Die Marktgemeinde Pfaffenhausen im Landkreis Unterallgäu ist das 21. Verbandsmitglied des Zweckverbandes Stauden-Wasserversorgung mit Sitz in Reichertshofen. Einem Antrag des dortigen Gemeinderates auf Vollmitgliedschaft für den Hauptort Pfaffenhausen stimmte die Verbandsversammlung jetzt ohne Einwände zu.

Wie der Verbandsvorsitzende, Langenneufnachs Bürgermeister Josef Böck, berichtete, seien erste Gespräche über eine Aufnahme des Kernortes Pfaffenhausen schon im Jahr 2003 geführt worden. Nach dem Bau einer Zubringerleitung bezieht die Marktgemeinde im Mindertal bereits seit Ende Oktober 2009 im Wassergastverhältnis Trinkwasser vom Staudenwasser-Zweckverband. Die Aufnahme als Vollmitglied – vom Verbandsausschuss geprüft und empfohlen – war jetzt nur noch eine Formsache.

### Keine weiteren Neumitglieder

Vorsitzender Josef Böck und Werkleiter Armin Drexel machten es weiteres Mal deutlich, dass es beim Staudenwasser-Zweckverband aufgrund der von den Genehmigungsbehörden begrenzten Fördermenge in absehbarer Zeit darüber hinaus keine weiteren Neumitglieder geben werde – auch wenn den Zweckverband immer wieder Anfragen potenzieller Interessenten erreichten.

### Hoher technischer Standard

Wenn im laufenden Jahr 2010 auch mit der schon lange beantragten und beschlossenen Lieferung an die Gemeinde Markt Wald (ebenfalls Landkreis Unterallgäu) im Wassergastverhältnis begonnen werde, dann sei „das Boot endgültig voll“. Mehr als ein Drittel des insgesamt geförderten Staudenwassers – 37 Prozent – fließen dann künftig in den Landkreis Unterallgäu. Bei einer Werksbesichtigung habe sich der Unterallgäuer Landrat Hans-Joachim Weirather, aufgrund seiner früheren Tätigkeit beim Wasserwirtschaftsamt Kempen ein ausgewiesener Fachmann der Materie, von der Leistungsfähigkeit und vom hohen technischen Standard beim Zweckverband Stauden-Wasserversorgung überzeugt.

In seinem Tätigkeitsbericht ging Vorsitzender Josef Böck auf laufende Projekte und Vorhaben ein. So sei die komplette hydraulische Netzberechnung

noch nicht ganz abgeschlossen. Derzeit würden verschiedene Schadensszenarien simuliert, die im Fernleitungsnetz Schwachstellen bei der Versorgungssicherheit aufspüren sollen. Ziel dieser Maßnahme sei es, die Versorgungssicherheit im westlichen Verbandsgebiet zu optimieren. Mit dem Rückbau der Grundwassermessstellen und dem Erlass einer Schutzgebietsverordnung für den neuesten, im Jahr 2008 ans Netz gegangenen Brunnen VI sei diese zukunftsweisende Baumaßnahme mittlerweile endgültig abgeschlossen.

### Unbürokratisches Verfahren

In einem unbürokratischen Verfahren (wir berichteten) habe der Werksausschuss anspruchsberechtigten Kunden die Möglichkeit eingeräumt, für Leistungen im Zusammenhang mit dem Bau von Versorgungseinrichtungen, die mit dem vollen Mehrwertsteuersatz abgerechnet wurden, die zuviel belasteten Kosten zurück zu bekommen. Anträge können noch bis zum Jahresende 2010 gestellt werden. Aktuell, so Josef Böck, seien von der Verwaltung rund 1400 Anträge zu bewältigen.

### Personelle Aufstockung

Um den künftigen Anforderungen gerecht zu werden, sei zu Jahresbeginn eine zusätzliche kaufmännische Stelle in der Verwaltung geschaffen worden. Im technischen Bereich würden zwei Mitarbeiter zum Wasser- und Rohrnetzmeister weitergebildet.

Abschließend zogen Verbandsvorsitzender Josef und Böck und Werkleiter Armin Drexel eine durchwegs positive Bilanz: „Wir sind mit der Geschäftslage des Staudenwasser-Zweckverbandes sehr zufrieden!“ Eine gute Nachricht für die Wasserkunden hatten die beiden dann noch obendrein: „An der Gebäudeschraube muss heuer nicht gedreht werden!“ Der Preis für einen Kubikmeter Staudenwasser liegt seit über zehn Jahren unverändert bei 62 Cent. □

## Bayerische Wassertage in Augsburg:

## Problemstoffe und Wassermanagement

Neben aktuellen Entwicklungen im Wasserrecht standen vor allem praxisnahe Erfahrungsberichte aus den Themenblöcken „Problemstoffentfernung aus dem Wasser“, „Grundwasserwärmenutzung“ sowie „Nachhaltiges Wassermanagement in Großbetrieben“ im Mittelpunkt der Bayerischen Wassertage 2009 in Augsburg.

Veranstalter waren das Bayerische Kompetenzzentrum Umwelt (KUMAS) gemeinsam mit den Partnern Grünbeck Wasser-aufbereitung, HPC Harress Pickel Consult, IGS Industriepark Gersthofen Servicegesellschaft sowie das Bayerische Landesamt für Umwelt.

### Bewirtschaftungspläne

Mit der Aufstellung der Bewirtschaftungspläne wurde im vergangenen Jahr ein entscheidender Schritt zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie vollzogen. Mögliche Auswirkungen auf Industrie- und Gewerbebetriebe wurden beleuchtet. Nach dem Scheitern des Umweltgesetzbuches sollen nunmehr das Wasserrecht und das Naturschutzrecht durch eine Vollregelung des Bundes neu gefasst und die Länder VAWS (Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen) durch eine Bundes VAWS ersetzt werden. Aufgrund verbesserter Wasseranalysemethoden werden bereits bekannte als auch neue Problemstoffe in geringen Konzentrationen nachgewiesen. Referenten verschiedener Branchen berichteten beispielhaft über die besten Verfahren zur Entfernung dieser Stoffe unter Einhaltung der Grenzwerte.

### Problemstoffe

So informierte Ralph Teckenberg von der Hans Huber AG, Berching, über das Entfernen von Problemstoffen aus dem Abwasserstrom zum Schutz einer nachgeschalteten Membranbiologie. Mit der MembraneClear-Box®-Kleinkläranlage aus dem Hause Huber werde das Membranbelegungsverfahren mit Ultrafiltration umgesetzt. Das System der MCB-Kleinkläranlage beruhe auf einer Kombination

aus dem Belebtschlammverfahren und der Abtrennung des Klarwassers mit getauchten Ultrafiltrationsmembranen.

### Ultrafiltrationsmembran

Durch die feinen Poren der eingesetzten Ultrafiltrationsmembran werden selbst Bakterien und nahezu alle Keime zurückgehalten. Das aus der Anlage gewonnene Filtrat (Permeat) unterschreite sogar deutlich die Anforderungen der EU-Richtlinie für die Qualität von Badegewässern. Das hygienisch einwandfreie Abwasser könne als Brauchwasser, beispielsweise zur Toilettenspülung oder Gartenbewässerung, wieder verwendet werden. Außerdem sei es ideal für die Versickerung in sensiblen Gebieten (z.B. Karst) geeignet.

### Geothermie

Am zweiten Veranstaltungstag fand die oberflächennahe Geothermie ihren Platz. Behandelt wurden sowohl die physikalischen, geologischen und technischen Grundlagen als auch Genehmigungsfragen für mittelgroße gewerbliche Bauvorhaben. Arno Pöhlmann von der Lechwerke AG, Augsburg, stellte als Projektbeispiel die IMPULS-Arena Augsburg vor, deren Rasenheizung mittels Geothermie betrieben wird. Laut Pöhlmann wird die Rasenheizung möglichst lange aus dem Grundwasser geheizt; wenn dies nicht mehr reicht, werden Wärmepumpen zugeschaltet. Der Rasen wird aus den Grundwasserbrunnen bewässert.

### Muss für Anlagenbetreiber

Nachhaltiges Wassermanagement in Großbetrieben ist ein Feld mit vielen Herausforderun-



Vom Güteausschuss beauftragt:  
Dipl.-Ing. O. Balgger (rechts)  
94469 Deggendorf

### Einer Ihrer Partner im Gespräch über:

- besondere Erfahrung und Zuverlässigkeit
- Weiterbildung
- Betriebseinrichtungen und Geräte
- Subunternehmer
- Eigenüberwachung

www.kanalbau.com

### Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961

### Beurteilungsgruppen:

AK3; AK2; AK1  
VP; VM; VMD; VO; VOD  
S.; I; R; D; G; ABS



Güteschutz Kanalbau

Oberfränkische Landräte:

## Neujahrstagung in Wilhelmsthal

Die oberfränkischen Landräte haben bei ihrer Neujahrssitzung des Bezirksverbandes Oberfranken im Bayerischen Landkreistag in Wilhelmsthal/Steinberg (Landkreis Kronach) unter Vorsitz des Lichtenfeler Landrats Reinhard Leutner über die Themen Demografische Entwicklung, Schulreform, Haushaltssituation, Reform der Jobcenter und die Verwaltungsreform gesprochen. An der Tagung nahmen auch Regierungspräsident Wilhelm Wenning und das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistages Johannes Reile teil. Auch die Stellvertreter der Landräte und die Altlandräte waren eingeladen.

Prof. Dr. Bernhard Köppen (Universität Koblenz-Landau) referierte über Details der demografischen Entwicklung in Oberfranken. „Die demografische Entwicklung ist für die oberfränkischen Landräte nichts Neues. Es wird Kreativität und Engagement gefordert sein, um die künftigen Herausforderungen zu meistern. Mit Jammern ist es nicht getan. Nicht nur die

Landkreise sind gefordert, auch der Freistaat, der Bund und die EU müssen uns hierbei aktiv unterstützen“, resümierte der Vorsitzende des Bezirksverbandes Landrat Reinhard Leutner.

### Hauptschulen

Eine Herausforderung steht bereits an: die künftige Entwicklung der Hauptschulen. Zustän-

dig für die Grund- und Hauptschulen sind die Bürgermeister und der jeweilige Gemeinderat. Die oberfränkischen Landräte wollen auch, dass die Zuständigkeit dort bleibt. Zukunftsfähig wird aber nur ein Mittelschulverbund sein. „Wer diesen Schritt nicht geht, wird über kurz oder lang seinen Schulstandort verlieren“, ist sich Landrat Leutner sicher.

Aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts muss die Organisation der Jobcenter neu geregelt werden. In diesem Zusammenhang lobte Landrat Leutner die hervorragende Arbeit der Jobcenter. Alle Landräte waren sich einig, dass die hilfesuchende Bevölkerung auch weiterhin schnell und unbürokratisch zu ihrem Recht kommen muss. „Überschaubare Strukturen sind

gefordert und keine neue Mammutbehörde“, betonte der Bezirksverbandsvorsitzende.

### Verwaltungsvereinfachung

Auch beim Thema Verwaltungsvereinfachung stehen die oberfränkischen Landräte zusammen: Kernelement einer jeden Verwaltungsreform muss eine Vereinfachung für den Bürger sein. Das bedeutet, dass viele Aufgaben von Fachbehörden beim Landratsamt angegliedert werden sollten. Es sei durchaus vorstellbar, Aufgaben von Wasserwirtschaftsamt, Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten oder Schulamt dem Landratsamt zu übertragen. Das ist in keinster Weise mit einer Auflösung dieser Fachbehörden gleich zu setzen. „Vollzug aus einer Hand“, nannte Landrat Leutner als Stichwort. Für die Bürger müsse es eine Behörde als Ansprechpartner geben und nicht mehrere. □

850. Stadtgeburtstag:

## „Immer wieder Neumarkt“

Das Leitbild lebt: Mit ihrem Motto für das Jubiläumsjahr 2010 „Immer wieder Neumarkt“ setzt die oberpfälzische Stadt einen weiteren Akzent in ihrer Strategie der nachhaltigen Stadtentwicklung. Laut Oberbürgermeister Thomas Thumann bildet die Mitwirkung der Neumarkter Einrichtungen und Vereine „das Herzstück“ der Feierlichkeiten zum 850. Stadtgeburtstag.

Neumarkt werde sich als „gastfreundliche, aufgeschlossene und nach vorne gewandte Stadt“ präsentieren – ganz wie es das Motto im Jubiläumsjahr vorgebe, so Thumann. Nachhaltig in der Neumarkter Tradition werde dies verankert, indem man sich mit dem Geburtstagslogo an die Gestaltung des Stadtwappens anlehnt.

### Nachhaltige Akzente setzen

Nach der Bayerischen Landesgartenschau im Jahr 1998, die mit dem „Sinnes-Wandel“ im Stadtbild, aber auch in den Köpfen der Menschen Merkmale gesetzt habe, wolle man auch den Stadtgeburtstag nicht nur für ausgelassene Stimmung nutzen. Thumann: „Es ist uns wichtig, nachhaltige Akzente für unser Stadtmarketing zu setzen.“ Die Leitsätze im Stadtleitbild sollen als Grundlage einer zukunftsfähigen längerfristigen Stadtentwicklung bis ins Jahr 2025 gelten, dies diene als Ideen- und Motivationsquelle.

Höhepunkte im Jahr 2010 sind unter anderem das Auftaktwochenende im März (20./21.), an dem um Mitternacht die Rathausfassade im Glanz historischer Bilder erleuchtet. In zahlreichen, kurzen Themenführungen wird die Neumarkter Altstadt zu erkunden und erforscht sein. Sowohl Kinder als auch Erwachsene kommen hier auf ihre Kosten und können ihren Wissensdurst stillen, Blicke hinter die Kulissen wagen oder den Tag spielerisch gestalten. Zudem werden das Altstadtfest mit der längsten Theke der Stadt, das Internationale Kinderfest und ein Friedenskonzert im Rahmen der Internationalen Jugendbegegnung für Andrang sorgen.

### Brauereien und Galerien

Darüber hinaus wird ein ganzes Wochenende dem Bier gewidmet: Die Brauereien der Stadt öffnen ihre Pforten und gewähren einen Blick hinter die Kulissen. Im Rahmen der 1. Neumarkter Kulturnacht wiederum öffnen die Galerien und Museen ihre Pforten zu später Stunde. Außerdem versprechen viele Jubiläumsfeiern wie die 150-jährigen Geburtstage der Freiwilligen Feuerwehr und des Allgemeinen Sportvereins ASV gute Unterhaltung. Das ganze Jahr über locken zahlreiche Ausstellungen namhafter Künstler wie Henry Moore und Armin Müller-Stahl sowie eine Hundwasserwasserausstellung.

Auch die Partnerstädte tragen zum Stadtjubiläum bei. So wird die Eibesthaller Passion aus dem österreichischen Mistelbach mit ihrer „Puppen-Passion“ zu sehen sein und das „Théâtre de la Goutte d'eau“ aus Issoire wird bei den Neumarkter Schlosstheatern auftreten.

### Abwechslungsreiche Geschichte

„Besonders wichtig ist uns neben der Nachhaltigkeit des Jubiläums der Blick auf die Geschichte unserer Stadt“, betont die Kulturamtsleiterin der Stadt Neumarkt, Dr. Gabriele Moritz. Mit der Erwähnung in einer Urkunde des Klosters Reichenbach aus dem Jahre 1160 hat alles begonnen. Inzwischen ist Neumarkt ein wirtschaftlich und kulturell eigenständiges Zentrum, das auf eine abwechslungsreiche

Vergangenheit zurückblicken kann. Im Jubiläumsjahr wird diese Entwicklung neu thematisiert. So wird zum Jahresbeginn ein Stadtbuch herausgegeben, eine Ausstellung des Stadtmuseums beleuchtet den Übergang von der Diktatur zur Demokratie. Und auch bei anderen Veranstaltungen, wie Jubiläen und traditionellen Festen, wird immer wieder ein neuer Blick auf die Zeitläufe geworfen.

### Über 120 Veranstaltungen

Mit einer detaillierten Übersicht und Beschreibung aller Veranstaltungen wartet das soeben erschienene Programmheft auf. Unter [www.stadtjubilaeum.neumarkt.de](http://www.stadtjubilaeum.neumarkt.de) sind das aktuelle Programm und weiterführende Informationen zum Jubiläum einzusehen. Insgesamt wird es im Jubiläumsjahr über 120 Veranstaltungen geben. DK

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Röhlke

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Jakob Döring

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPv)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 44 vom 01.01.2010

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

## „Bekifft am Steuer? Bloß nicht!“

Landkreis Würzburg startet Präventionsprojekt für Führerscheinneulinge

Die wichtigsten Botschaften prangen leuchtend rot auf weißem Grund: „Bekifft am Steuer? Bloß nicht!“ heißt es da. Und: „Drogen? Kein Führerschein!“ Vor allem an Führerscheinneulinge richtet sich das Faltblatt des Würzburger Landkreises, das unter der Überschrift „Achtung! Führerschein in Gefahr!“ auf verkehrswidriges Verhalten und die Folgen aufmerksam macht. Der Kreis Würzburg ist die dritte Kommune im Freistaat, die ein solches Präventionsprojekt startet.

Die Zahlen sind alarmierend: 52 Drogenunfälle ereigneten sich laut der Verkehrsstatistik für den Regierungsbezirk im Jahr 2008 in Unterfranken. Im Jahr davor waren es erst 38. 31 Menschen wurden aufgrund von Drogenfahrten vor einem Jahr verletzt. Was fast eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr bedeutete. 845 Mal stellte die Polizei eine folgenlose Drogenfahrt fest. „Es muss jedoch von einem erheblich größeren Dunkelfeld ausgegangen werden“, so Hermann Gabel, Leiter des Jugendamts im Kreis Würzburg. Das Präventionsprojekt des Landkreises soll helfen, junge Menschen vor Leichtsinns im Straßenverkehr zu bewahren.

### Teure Angelegenheit

In jugendgerechtem Design macht das Faltblatt darauf aufmerksam, was bei Fahrten unter Drogen- oder Alkoholeinfluss alles passieren kann. Ab 1,1 Promille am Steuer, wird erläutert, muss der Führerschein sichergestellt werden. Wird ein Fahrzeugführer mit mindestens 1,6 Promille erwischt, wird eine Medizinisch-Psychologische Untersuchung (MPU) angeordnet. Das geht ins Geld, erläutert Thomas Gabel von der Führerscheinstelle des Landratsamtes, das den Flyer zusammen mit dem Jugendamt entwarf. Bis zu 600 Euro kann eine MPU kosten. Wichtig zu wissen: Sie wird auch dann fällig, wenn das Fahrzeug, mit dem ein Verkehrsteilnehmer berauscht erwischt wurde, ein Fahrrad war.

### Führerscheinstelle wird informiert

Machen sich junge Menschen wegen unerlaubten Besitzes von Betäubungsmitteln strafbar, wird dies laut Thomas Gabel stets der zuständigen Führerscheinstelle gemeldet – auch wenn die Jugendlichen noch nicht im Besitz eines Führerscheins sind. Das Faltblatt erläutert dies am Beispiel der 17 Jahre alten Denise, bei der eine Ecstasy-Tablette gefunden wurde. Denise erhält nicht nur eine Anzeige. Sie bekommt auch

Probleme, wenn sie nach ihrer Volljährigkeit den Führerschein beantragen will. Der Antrag wird erst bewilligt, wenn sie ein ärztliches Gutachten vorlegen kann, das ihr Drogenfreiheit attestiert. Die Kosten für das Gutachten in Höhe von 300 bis 400 Euro muss sie alleine tragen.

Nicht zu akzeptieren ist auch Gewalt im Straßenverkehr. Wie gravierend sich eine Schlägerei auswirken kann, zeigt das Beispiel des 18-jährigen Dieter. Der muss vor Gericht, weil er einem anderen mit der Faust brutal ins Gesicht schlug. Auch diesen Vorfall bekommt die kommunale Fahrerlaubnisbehörde mit. Weil Dieter schon öfter auffiel, kann das Amt von ihm eine MPU zur Überprüfung seiner charakterlichen Eignung zum Führen von Kraftfahrzeugen fordern. Besteht Dieter die Untersuchung nicht, wird der Führerschein eingezogen. Eine Verurteilung vor Gericht ist dafür nicht erforderlich.

### Falsche Fahrte

Auf der falschen Fahrte befindet sich schließlich, wer sein Mofa „frisirt“ – so wie der 16 Jahre alte Christian. Der wurde erwischt und erhielt eine Anzeige wegen Fahren ohne Fahrerlaubnis, Betriebsleiterlaubnis und Versicherungsbesitz. Als er zwei Jahre später den Führerschein beantragen wollte, erging es ihm zu seiner Überraschung wie Denise: Die Fahrerlaubnisbehörde forderte eine MPU, denn den Mitarbeitern war bekannt, dass Christian sein Mofa wiederholt „aufgemotzt“ hatte.

### Zentrale Botschaft

Junge Menschen, die harte oder weiche Drogen konsumieren, aggressiv auftreten oder ihr Fahrzeug manipulieren, vertun viel Zeit und viel Geld, lautet die Hauptbotschaft des Flyers, der in den kommenden Wochen an Schulen, Jugendzentren, Fahrern und Führerscheinstellen ausgelegt wird. Die Aktion reiht sich ein in mehrere Kampagnen des Würzburger Landkreises zur Alkohol- und Suchtprävention. Pat Christ



V. l.: Regierungspräsident Wilhelm Wenning, Landrat Bernd Hering (Hof), Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberfranken Landrat Reinhard Leutner (Lichtenfels), Landrat Oswald Marr (Kronach) und Johannes Reile (Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Landkreistages). Bild: Peter Fiedler

## Lebendige Volksmusik in Schwaben

Jahresprogramm 2010 der Forschungs- und Beratungsstelle für Volksmusik erschienen

Krumbach (pm). Seit nun 20 Jahren hat die Beratungsstelle für Volksmusik des Bezirks Schwaben ihre Heimat im historischen Hübener Wasserschloss in Krumbach (Landkreis Günzburg) und ist immer noch kein bisschen leise: Das neu erschienene Jahresprogramm 2010 der Forschungs- und Beratungsstelle für Volksmusik in Schwaben bietet wieder eine Vielfalt an Veranstaltungen und Fortbildungen rund um traditionelle schwäbische Musik.

Ein besonderes Highlight im Jahreskalender sind die Veranstaltungen zum 20-jährigen Jubiläum: So wird beim Hübener Schlossfest von Freitag, 9. Juli, bis Sonntag, 11. Juli, mit Konzerten, gemeinsamem Musizieren, Tanz und Kinderprogrammen rund um das Schloss gefeiert. Unter dem Motto „Zwischen Tradition und Moderne – das Beste aus 20 Jahren“ präsentieren musikalische Wegbegleiter am Freitag, 15. Oktober, im Stadtsaal Krumbach mit einem Jubiläumskonzert ein Kaleidoskop der vielseitigen Arbeit der letzten Jahre. Am Samstag, 16. Oktober, werden bei einem Gastspiel im Augsburger Kurhaus-Theater musikalische Schätze aus dem schwäbischen Archiv für Volksmusik in verschiedenen Besetzungen wieder zum Klingen gebracht.

Neben den seit vielen Jahren beliebten Veranstaltungen wie den Marien- oder Adventssingen bietet die Beratungsstelle zahlreiche Singstunden und Liederabende für Kinder und Erwachsene an. Im Rahmen der Sonderausstellung „Flüssiges Brot – Bier, Brauereien und Wirtschaft in Schwaben“ im Schwäbischen Volkskundemuseum Oberschönenfeld (Landkreis Augsburg) stehen beispielsweise am Sonntag, 16. Mai, Lieder vom Brauen, Trinken und Genießen auf dem Programm. Liebevoller und skurriler Lieder rund um die „Goiß“ sind dagegen am Sonntag, 30. Mai, im Schwäbischen Bauernhofmuse-

um Illerbeuren (Landkreis Unterallgäu) beim Großen Ziegentag zu hören. Auch auf der Augsburger Frühjahrsausstellung afa von Samstag, 10. April, bis Sonntag, 18. April, wird die Volksmusikberatungsstelle vertreten sein und die Vielfalt der Volksmusik in Schwaben zeigen.

### Lehrgänge

Weiterhin organisiert die Beratungsstelle auch in diesem Jahr wieder Lehrgänge mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Den Spaß an traditioneller Musik will zum Beispiel das Jugendwochenende von Freitag, 26. Februar, bis Sonntag, 28. Februar, im Bruder-Klaus-Heim Violau (Landkreis Augsburg) jungen Leuten ab zwölf Jahren vermitteln. In Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle für Volksmusik findet heuer zum 25. Mal das Herbsttreffen schwäbischer Sängers, Musikanten und Tänzer von Freitag, 12. November, bis Sonntag, 14. November, in der Jugendbildungsstätte Babenhausen (Landkreis Unterallgäu) statt. Hier wird erstmals auch ein Aus- und Fortbildungskurs für Tanzleiter angeboten.

Das Jahresprogramm kann unter Telefon (0 82 82) 6 22 42 sowie unter E-Mail: [volksmusik@bezirk-schwaben.de](mailto:volksmusik@bezirk-schwaben.de) kostenlos angefordert werden. Auch im Internet unter [www.bezirk-schwaben.de](http://www.bezirk-schwaben.de) ist das Jahresprogramm zu finden. □

Region Nürnberg/Fürth:

## Umfangreiches Hilfspaket

Staatsregierung beschließt 115 Millionen Euro-Strukturprogramm

Die Bayerische Staatsregierung hat bei einer Sitzung in Fürth das Engagement für die Region Nürnberg/Fürth bekräftigt. Die Ministerrunde beschloss das seit längerem diskutierte 115 Millionen Euro umfassende Strukturprogramm, das unter anderem die Verlagerung des Landesamts für Statistik von München nach Fürth sowie ein Haus der Forschung in Nürnberg vorsieht, das im Juni eröffnet werden soll. Zudem wird für drei Jahre ein Arbeitsmarktfonds für Härtefälle eingerichtet, insbesondere für Familien, die vom Aus von Quelle besonders betroffen sind.

Nach Angaben Seehofers sind derzeit rund 20 Prozent der 500 Beschäftigten des Landesamts für Statistik bereit, nach Fürth umzuziehen. Zusätzlich würden dort ab 1. Juni bis zu 200 Mitarbeiter für die kleine Volkszählung benötigt. „Wir machen keinen Deal zulasten der Beschäftigten in München, stellte der Regierungschef klar. Man werde alle, die in Oberbayern bleiben wollen, in anderen Behörden unterbringen.“

### Verkehrsprojekte

Als wichtige Verkehrsprojekte nannte Seehofer den weiteren sechsspürigen Ausbau der A 3 zwischen Würzburg und Erlangen, die Ergänzung des S-Bahn-Netzes, den Ausbau der A 6 bis zur Landesgrenze nach Baden-Württemberg sowie die Anbindung des Flughafens Nürnberg an die Autobahn. „Wir sind als Kabinett überzeugt, dass dies für die Zukunft der Metropolregion eine ganz wichtige Voraussetzung ist“, betonte der CSU-Vorsitzende.

### Krankenhausförderung

Auch bei der Krankenhausförderung setzt die Bayerische Staatsregierung wichtige Schwerpunkte in der Region Nürnberg/Fürth. Der Spatenstich für die Frauenklinik in Fürth steht laut Seehofer bevor. Für mehrere Maßnahmen am Klinikum Fürth investiert der Freistaat 13,3 Millionen Euro. Die Einrichtung einer zentralen Notaufnahme am Klinikum Fürth wird zudem mit Nachdruck weiterverfolgt. Für den Neubau Ost am Klinikum Nürnberg Nord werden weitere 55 Millionen Euro bereitgestellt. Im Hinblick auf die schwierige Finanzierung des Stadttheaters Fürth kündigte der CSU-Chef eine schrittweise

Aufstockung der Mittel an. Wirtschaftsminister Martin Zeil zeigte sich zuversichtlich, dass Nürnberg und Fürth mit dem Strukturprogramm bald wieder zu ihrem gewohnt starken wirtschaftlichen Wachstum zurückkehren werden. Die wirtschaftliche Entwicklung Mittelfrankens sei trotz der zum Teil angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere in den Städten Nürnberg und Fürth, insgesamt erfreulich stabil.

### Energie Campus Nürnberg

Das Herzstück des Strukturprogramms, auch in finanzieller Hinsicht, ist laut Zeil der mit 50 Millionen Euro dotierte Energie Campus Nürnberg. Für den ab der zweiten Jahreshälfte 2010 vorgesehenen Ausbau des bereits sehr erfolgreichen Gewerbehofs Complex in Fürth zur Ansiedlung neuer Unternehmen und Arbeitsplätze stellt Bayern vier Millionen Euro zur Verfügung. Noch einmal vier Millionen Euro werde der Freistaat für einen neuen hochauflösenden Computertomographen in Fürth bereitstellen.

### Haus der Forschung

Nach Zeils Auskunft ist auch die Umsetzung des Hauses der Forschung mit Headquarter in Nürnberg in vollem Gang. „Mit dem ‚Haus der Forschung‘ setzen wir ein deutliches Signal für eine noch bessere Unterstützung von Wissenschaftlern und Unternehmen. Wir werden vor allem kleinen und mittleren Unternehmen zur EU-Forschungsförderung ein umfassendes Beratungsangebot und eine Antragsbegleitung bieten. Damit wollen wir mehr EU-Forschungsfördermittel für Wissenschaft und Wirtschaft nach Bayern holen.“ Zudem werde eine qualifizierte

Beratung über Fördermöglichkeiten aus Bundes- und Landesprogrammen für Technologieprojekte kleiner und mittlerer Unternehmen angeboten.

Auch bei der Regionalförderung setzt die Staatsregierung laut Zeil klare Prioritäten für die Region: „Durch eine Aufstockung der Regionalfördermittel um 10 Millionen Euro zum 1.1.2010 ausschließlich für die Städte Nürnberg und Fürth werden wir die Investitionsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen nachhaltig verbessern.“ Die Mittel sind für fünf Jahre bereitgestellt. Anträge können seit Jahresbeginn bei der Regierung von Mittelfranken gestellt werden.

### Arbeitsmarkt

Wie Arbeitsministerin Christine Haderthauer berichtete, fließen die für den Arbeitsmarkt vorgesehenen 10 Millionen Euro gezielt in die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in der Region Nürnberg/Fürth und sollen helfen, das „Weitvererben von Hartz IV“ auf die nächste Generation zu vermeiden. Vorgesehen ist eine verstärkte Zusammenarbeit von ARGE und Jugendamt in sog. fallbezogenen Tandems. Diese sollen für eine enge Verzahnung der verschiedenen Arbeitsmarkt- und Jugendhilfeleistungen sorgen.

Die Ministerin wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die neu hinzukommenden Quelle-Arbeitslosen die Chancen der jetzt schon langzeitarbeitslosen Eltern und Alleinerziehenden auf den Wiedereinstieg am Arbeitsmarkt zusätzlich schwächen. Von den rund 1100 früheren Mitarbeitern von Quelle im Raum Nürnberg/Fürth haben Anfang Januar laut Haderthauer erst 10 Prozent eine neue Stelle gefunden. Weitere 2500 haben sich bis Ende 2009 als arbeitssuchend gemeldet. Erfreut zeigte sich die Ministerin dagegen, dass fast alle der 164 ehemaligen Quelle-Azubis bis Anfang Januar 2010 in neue Ausbildungsplätze vermittelt werden konnten.

### Grüne Technologien

Umweltminister Markus Söder kündigte an, dass die Staatsregierung besonders im Großraum Nürnberg-Fürth auf die Wachstumschancen der grünen Technologien setzen wird. Öko-Innovationen und Forschung setzen aber nicht nur entscheidende wirtschaftliche Impulse, sondern sichern Söder zufolge gleichzeitig hohe Umweltschutzstandards. Söder nannte die Projekte „EiDrive-Center“ und „Grüne Logistik“. Das Konzept für „Grüne Logistik“ soll den Lieferverkehr und damit Lärm und Emissionen in der Nürnberger Altstadt vermindern.

Dem Umwelt- und Wirtschaftsstandort Franken kommt auch in der Wasserwirtschaft eine besondere Bedeutung zu. Engpässe in der Trinkwasserversorgung werden bereits heute nur durch den Wasserausgleich von Süd- nach Nordbayern vermieden. Dazu wurde beispielsweise die Überleitung von Donauwasser ins Regnitz-Main-Gebiet gebaut, mit der bis zu 2.000 Liter pro Sekunde nach Norden transportiert werden können.

### Hochschulstandort

Wissenschaftsminister Heubisch kündigte schließlich an, den Hochschulstandort Mittelfranken im Rahmen des Ausbauprogramms der staatlichen Universitäten und Fachhochschulen mit mehr als 7.000 zusätzlichen Studienplätzen weiter zu stärken: „Die Hochschulen erhalten hierfür überproportional von 2008 bis 2013 mehr als 140 Millionen Euro, werden die Ausbauziele erreicht, zusätzliche rund 19 Millionen Euro.“ Begleitet wird der Kapazitätsausbau von einem räumlichen Ausbau im Umfang von rund 29.000 Quadratmetern Hauptnutzfläche.

## Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Sind die Deutschen zu weich für den Winter?“ Mein Chef, der Bürgermeister, holte das Titelblatt einer Sonntagszeitung mit großen Buchstaben aus der Brieftasche. Die Zeitung hatte sich anlässlich der Hysterie um das Tiefdruckgebiet „Daisy“ vor ein paar Wochen Gedanken gemacht, ob wir in unseren Breiten überhaupt noch mit dem Phänomen Winter, dem Schnee, dem Eis und der Dunkelheit fertig werden.



möglich ist, man länger als sonst zur Arbeit braucht oder Dienstleistungen schlicht nicht funktionieren. Es ist, als ob wir jedes Mal aufs Neue darüber erstaunen, dass unsere perfekt durchgeplante Tage, unsere technisch ausgefeilte und mobile Welt, unser gegen Naturinflüsse abgeschotteter Alltags durch so etwas Banales wie das Wetter beeinflusst werden kann. Im Büro und daheim

Der Chef hielt den Zeitungsausschnitt in einer Runde hoch, in der sich Bürger darüber beschwerten, dass der städtische Räumdienst wieder nicht das Wunder vollbracht hat, alle Nebenstraßen nach dem heftigen Wintereinbruch komplett schnee- und eisfrei zu halten. Denn eines ist doch klar: Der Winter bringt nun einmal ein paar Tagen jedes Jahr extreme Wetterlagen mit sich, die es erfordern, dass man mit an-

schließen wir das Wetter ja aus und leben gleichwarm und gleichhell: Im Winter durch Heizung und Neon, im Sommer durch Klimaanlage und Rollos. Nur draußen ist es empörenderweise unberechenbar! In dieser Welt verstecken sich auch Institutionen wie die Bahn, die jahrzehntelang stolz darauf war, vom Wetter weitgehend unabhängig zu sein, mit Erfolg hinter dem bösen Winter, um technische Versäumnisse zu kaschieren.

## Vom Umgang mit extremen Wetterlagen

gemessenem Schuhwerk, Winterreifen am Auto und einer gehörigen Portion Achtsamkeit ausgestattet ist, wenn man aus dem Haus geht. Beheizte Bürgersteige wie in Island sind hierzulande kein Standard, dafür folgt aber auch jeder Schneefront zuverlässig das Tau- und Schmutdelwetter auf dem Fuß.

Schließlich wohnen wir ja in Mitteleuropa, in einer Gegend, die von Mittelgebirgen bis hin zu alpinen Ausläufern geprägt ist. Für uns ist der Winter doch keine Überraschung, so wie für die ansonsten vom Golfstrom verwöhnten Briten, die die Armee mobilisieren müssen, wenn es schneit, weil keine Räumfahrzeuge zur Verfügung stehen. Und Winterstiefel haben wohl dort auch nur die extremen Outdoor-Freaks, die in die Schweiz zum Skifahren reisen, wenn man sich an die Fernsehbilder von jungen Frauen erinnert, die mit Gummistiefeln auf vereisten Bürgersteigen gingen und erstaunt waren, dass die Reise nach kurzer Zeit auf den vier Buchstaben endete.

Bei uns scheint es immer mehr zu einem Problem unseres Lebensstils zu werden, dass wir den Winter nicht mehr akzeptieren und uns mit ihm nicht arrangieren wollen. Es fällt uns wohl schwer damit umzugehen, dass an ein paar Tagen der Autoverkehr halt nur eingeschränkt

Winter, das ist ja bei uns nichts Bedrohliches oder Existenzgefährdendes mehr. Die Erinnerungen an die Kriegs- und Hungerwinter der Nachkriegszeit, an das Elend der frierenden Vertriebenen und Ausgebombten in ihren Notunterkünften bei 20 Grad unter Null können nur noch wenige weitergeben. Weit weg die Zeiten, als der Winter eine Zeit des Kampfes ums Überleben war, aber auch die Solidarität der Menschen in besonderer Weise formte. Der Winter, so sagen nicht wenige Kulturhistoriker, ist der eigentliche Vater unserer Zivilisation, weil er die Menschen zusammen schweißte, Arbeitsteilung förderte und die Kreativität unserer Vorfahren herausforderte, Kälte, Nahrungsknappheit und Isolation zu besiegen.

Mein Chef, der Bürgermeister, jedenfalls redete Klartext mit dem Bürgerkomitee und er fand Gehör. Denn ein Winterdienst ist halt dazu da, eine Stadt bei Schnee, Eis und extremen Temperaturen am Laufen zu halten, nicht den Winter aus der Stadt zu verbannen. Zur Belohnung für den Kampf fand mein Chef das heutige Kalenderblatt mit einem Spruch des amerikanischen Journalisten Kin Hubbard auf seinem Schreibtisch: „Schimpfen Sie nicht auf das Wetter; neun Zehntel aller Menschen könnten kein Gespräch anfangen, wenn es sich nicht gelegentlich ändern würde.“

Ihre  
Sabriul



## Demographischer Wandel im Fokus

Um dem demographischen Wandel entgegenzuwirken, veranstaltet der Strategiekreis Demographie des Landratsamts Bamberg in den kommenden Wochen vier Regionalkonferenzen, in denen zum einen die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisiert werden soll. Zum anderen sollen gemeinsam mit Unternehmen, Gemeinden und anderen relevanten Entscheidungsträgern aus der Region Projekte und Maßnahmen entwickelt und langfristig umgesetzt werden.

Den Auftakt hierzu machte jetzt eine große Informationsveranstaltung. Über 100 Teilnehmer, darunter Bürgermeister aus den Landkreismunicipalitäten, Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Schulen sowie Mitglieder der unterschiedlichen Verbände im Landkreis kamen ins Planungs- und Steuerungszentrum der Sparkasse Bamberg, um zum einen das Thema und seine Bedeutung für die Bürger im Landkreis Bamberg zu erörtern. Zum anderen sollten die Konsequenzen für kommunalpolitische Handlungsfelder aufgezeigt werden.

Unser Bild zeigt von links: Siegfried Wagner, Leiter des Strategiekreises Demographie, Moderatorin Ellen Ehring (Bertelsmannstiftung), Landrat Dr. Günther Denzler sowie Referent Dr. Winfried Kösters. □

## Europäische Wirtschaftsregionen:

# Rosenheim unter den Top 20

Als „eine erfreuliche Bestätigung unserer kommunalpolitischen Arbeit, zu den Top 20 unter den europäischen Wirtschaftsregionen zu gehören“, hat Rosenheims Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer die Ergebnisse einer neuen Standort-Analyse im Auftrag des „Manager Magazins“ bewertet. Danach nimmt Rosenheim von 1.034 untersuchten europäischen Standorten den beachtlichen 12. Platz ein und rangiert damit noch vor Metropolen wie Dublin (Rang 14), Paris (15) und Stockholm (17).

Innerhalb Deutschlands rangieren z. B. mit Frankfurt (31), Ulm (77) und Ludwigsburg (80) klangvolle Wirtschaftszentren zum Teil deutlich hinter Rosenheim. Unter den kreisfreien Städten Bayerns nehmen nur Ingolstadt (3), München (5) und Regensburg (8) bessere Plätze ein. Gegenüber der Vorgängerstudie aus dem Jahr 2007 hat sich Rosenheim noch einmal um 92 Plätze verbessert.

### Indikatoren

25 für die Zukunftsfähigkeit der Standorte bedeutsame Indikatoren wurden in der Untersuchung unter die Lupe genommen. Sie bilden die demografische Entwicklung, die wirtschaftliche Dynamik, die Effizienz der Arbeitsmärkte sowie die Ballung an Wissen und an Wertschöpfung, speziell in der Hoch- und Spitzentechnologie ab.

Nach Ansicht des Wirtschaftsdezernenten Thomas Bugl untermauert das Ergebnis des Rankings die guten Aus-

gangsbedingungen der Stadt und der Region im nationalen und europäischen Standortwettbewerb.

### Standortqualitäten nutzen

„Rosenheim hat alle Chancen, zumindest bis 2025 auf der Gewinnerseite zu stehen. Diese Botschaft kann angesichts einer immer stärkeren Spreizung der europäischen Wirtschaftsstandorte im Hinblick auf ihre Zukunftsfähigkeit nicht hoch genug gewertet werden. Jetzt kommt es darauf an, unsere Standortqualitäten für eine nachhaltig positive wirtschaftliche Entwicklung zu nutzen“, erklärte Bugl.

Die vom Beratungsunternehmen Contor durchgeführte Studie umfasst alle EU-Staaten mit Ausnahme von Großbritannien und Dänemark, für die keine regionalen Wirtschaftsdaten erhoben werden. Auch fehlen Rumänien und Bulgarien wegen der dort herrschenden politischen Unsicherheiten. KI

Neues Heimatbuch zum Stadtjubiläum:

## „Traunreut - Europastadt voller Dynamik“

Pünktlich zum 50-jährigen Stadt- und 60-jährigen Gemeindejubiläum hat Traunreut das Heimatbuch „Traunreut - Europastadt voller Dynamik“ herausgegeben. Im Rahmen eines Festaktes wurde die über 160 Seiten starke Publikation präsentiert.

Gerade weil er in Traunreut aufgewachsen sei, sei für ihn das Buch eine echte Herausforderung gewesen, betonte Autor Axel Effner. „Ich habe verschiedene Zeitabläufe noch kennengelernt.“ Während der Vorbereitungen habe er viele interessante Aspekte der multikulturellen Stadt erfahren und die Stadt neu lieben gelernt.

### Menschen im Vordergrund

Das Werk stellt die abenteuerliche Entwicklungsgeschichte der Stadt von 1938 bis 2008 erstmals im Zusammenhang dar und lässt in den Bildern vor allem die Menschen in den Vordergrund treten. Wie der Autor in einem Vorwort darstellt, war „innerhalb weniger Jahre aus einem ansehnlichen Waldgebiet, also quasi aus dem Nichts, einer der wachstumsstärksten Industriestandorte Bayerns mit rasant zunehmenden Einwohnerzahlen entstanden“. Die Tatsache, dass Traunreut auf dem Areal einer ehemaligen Munitionsfabrik mit lebensvernichtenden Waffen entstand, habe vielleicht mit dazu beigetragen, „dass dort der Impuls zu neuem Leben, neuen Ideen und Entwicklungen besonders starke Wurzeln getrieben hat“. Nicht umsonst sei die Innovationskraft ein wesentliches Kennzeichen der Stadt.

Jahrzehnte vor einem ideell

und wirtschaftlich vereinten Europa hätten die aus ganz Deutschland und den ehemals deutschsprachigen Gebieten Osteuropas zusammengewürfelten Bürger der Vertriebenenstadt bereits gelernt, die Gedanken von gegenseitiger Toleranz, Weltoffenheit und den Willen zur Integration in die Praxis umzusetzen.

### Europastadt im besten Sinne

Traunreut ist mit seinen 62 Nationen heute im besten Sinn eine Europastadt, die global vernetzt ist. Sie veränderte fortlaufend ihr Gesicht: Von der Industriestadt der Wirtschaftswunderzeit erweiterte sie ihr Spektrum zur gefragten Einkaufsstadt und ist heute als Zentrum für Bildung, Kultur, Integration und Gesundheit gefragt. Es ist laut Effner „der Mix verschiedenartiger Menschen und Kulturen, die Buntheit und Lebendigkeit, vielleicht auch das Unerwartete, das die besondere Qualität der Stadt Traunreut ausmacht“.

### Neue Einsichten

Kurze Zusammenfassungen am Anfang jedes Kapitels bieten dem eiligen Leser schnelle Orientierungshilfe. Viele Bilder und Einschubkapitel laden zum Schmökern ein und vermitteln neue Einsichten über die Be-

sonderheiten der Stadt. Die Publikation ist aber auch als informatives Nachschlagewerk für eine tiefer gehende Beschäftigung mit einzelnen Aspekten gedacht. Dazu dient auch die ausführliche Literaturliste am Ende.

### Schneller Überblick

Die Einleitung in englischer Sprache und zweisprachige Bildtexte erleichtern nicht deutschsprachigen Besuchern der Europastadt einen schnellen Überblick. Wesentliche Bestandteile des Jubiläumsbandes sind die dynamische Entwicklung und die hohe und fortwährende Integrationsleistung sowie der rasante wirtschaftliche Aufstieg. Dem Autor sei es gelungen, mit viel Liebe zum Detail einen weiten Bogen von der Gründerzeit bis in die Gegenwart zu spannen, hob Bürgermeister Franz Parzinger beim Festakt hervor.

### Bürgermeister-Interview

Dem Rathauschef und seiner Politik ist auch ein nicht unwesentliches Kapitel am Ende der Publikation gewidmet. In einem Interview äußert sich Parzinger zu den wichtigsten Aufgaben für Traunreut in seiner derzeitigen zweiten Amtszeit bis 2014 sowie zu den weiteren Entwicklungspotenzialen der Stadt.

### Entwicklungspotenzial

Als „sehr wichtiges Ziel“ benennt Parzinger zunächst die Fertigstellung und Etablierung des Kultur- und Bürgerhauses „KI“. Auch gelte es, das Betreuungsangebot noch weiter auszubauen. Mit der Ganztagesklasse im Grundschulbereich und den bereits vorhandenen Klassen im Hauptschulbereich sei man hier auf einem guten Weg. Mit dem aktuellen Bau der Kinderkrippe werde das Betreuungsangebot

für Kleinkinder komplettiert. Ein großes Thema seien darüber hinaus der Ausbau und die Neustrukturierung der Bundesstraße 304.

Wichtige Punkte sind Parzinger zufolge außerdem die Ausweisung weiterer Gewerbe- und Wohnbaugebiete, die Ansiedlung von zentralen Diensten der Polizei sowie die Errichtung eines Geothermie-Kraftwerks. „Was uns bis 2014 in Verwaltung und Stadtrat noch intensiv beschäftigen wird, ist der Bau eines Business-Hotels und die Sanierung der Kantstraße.“

### Vision für 2020

Auf die Frage, wie seine Vision für das Traunreut des Jahres 2020 aussieht, meint Parzinger: „Man darf zunächst einmal feststellen, dass es in den nächsten zehn Jahren größeren Bevölkerungszuwachs mehr geben wird. Wir brauchen in absehbarer Zeit auch keine weiteren Einrichtungen zur Daseinsvorsorge mit Ausnahme der Stadtwerke, die derzeit neu bauen. Ein wichtiges Thema ist die Weiterführung der Stadtsanierung. Ebenso möchte ich versuchen, dass wir gemeinsam mit der Industrie zu einer Kooperation mit einer Fachhochschule kommen.“

### Dauerthemen

Wünschenswert sei auch, zusätzliche Einrichtungen des Landkreises in Traunreut anbieten zu können. Um die Wirtschaftskraft zu erhalten, müssten die Betriebe bei Umsiedlungen oder Neuansiedlungen optimal unterstützt werden. Ein Dauerthema bleibe auch eine verbesserte Verkehrsanbindung. Bei der Energieversorgung würden Stadt und Stadtwerke verstärkt auf regenerative Energien, Solar- und Geothermie setzen.

„Ein Anliegen ist natürlich auch, dass die Stadt weiterhin alle bisherigen Betreuungseinrichtungen und Freizeitangebote wie die Bäder, Musikschule, Bücherei oder VHS den Bürgerinnen und Bürgern kostengünstig zur Verfügung stellen kann“, so der Bürgermeister abschließend. **DK**

### Neu im COM Verlag:

## „Der Landkreis Passau“

„Der Landkreis Passau“. Unter diesem Titel veröffentlichte jetzt der COM Verlag in Fürstentzell das in Kooperation mit dem Landratsamt Passau produzierte Landkreishandbuch. Neu konzipiert und in moderner Aufmachung präsentiert das Buch mit dem Landkreis Passau einen besonderen Landstrich, den Vielfalt charakterisiert und natürlicher Reichtum auszeichnet. Der Pappband (Format 20,5 x 28 cm) mit zahlreichen farbigen Abbildungen führt auf 160 Seiten zu Natur, Kultur und Wirtschaft und beleuchtet im Land der Flüsse, Wälder und Thermen Lebensräume von hoher Qualität - mit dem Bayerischen Wald im Norden, der Lebensader Donau in der Mitte und dem Bayerischen Golf & Thermenland im Süden.

Der Band ist für 19,90 Euro im Buchhandel erhältlich. □

### Oberbayerischer Bezirkstag:

## 1,3 Milliarden-Haushalt verabschiedet

Der Bezirkstag von Oberbayern hat den Haushalt 2010 verabschiedet. Mit nur neun Gegenstimmen (Linke und Freie Wähler) votierte das Kommunalparlament für eine Erhöhung der Bezirksumlage um 1,4 Prozentpunkte auf 21 Punkte.

Bezirkstagspräsident Josef Mederer stellte bei der Vorstellung des 1,3 Milliardenetats, der über 90 Prozent von Sozialausgaben beeinflusst wird, den Qualitätsanspruch bei der Umsetzung der Sozialaufgaben in den Mittelpunkt. Er hob hervor, dass es wichtig sei, zu belegen, dass der Bezirk verantwortungsvoll und wirtschaftlich mit seinen Finanzmitteln umgeht. Nur so erwerbe man sich die Rückendeckung der kommunalen Familie einerseits und die Wertschätzung und Akzeptanz der Betroffenen und der Wohlfahrtspflege andererseits.

Während sich CSU, SPD und Grüne angesichts der Sozialhilfepflichtungen schnell über die Umlagerhöhung um 1,4 einig waren und diese als richtigen Mittelweg zwischen den wünschenswerten Finanzmitteln für den Bezirk und der finanziellen Nöten der Umlagezahler kommentierten, stellte die FDP-Fraktion zunächst einen Antrag auf Erhöhung um 1,55 Prozentpunkte. Sigrid Friedl-Lausenmayer (FDP) begründete dies mit einer höheren Zuführung zur Rücklage, um die Zinslast bei Zwischenfinanzierungen zu senken. Rainer Schneider erklärte für die

Freien Wähler, dass aus seiner Sicht nur eine Umlagerhöhung von 1,22 Punkten angesichts der dramatischen Finanzsituation der Kommunen vertretbar sei. Der weitere Bedarf müsse über Schulden gedeckt werden.

Fraktionsvorsitzender Michael Asam von der SPD bezeichnete die Umlagerhöhung als „unumgänglich“ und forderte vom Freistaat eine vernünftige Finanzausstattung für die Bezirke. Einhellig mahnten alle Redner das Land an, mehr staatliche Ausgleichsmittel zur Finanzierung der Aufgaben zu stellen und verabschiedeten dazu eine eindringliche Resolution. □

### Info zu Mobilfunk-Publikation

Aufgrund diverser Nachfragen anbei der Link zur Broschüre des bayerischen Umweltministeriums, die die GZ in ihrer Ausgabe 24 vom 17.12.2009 vorgestellt hatte: [www.stmug.bayern.de/umwelt/elektromog/index.htm](http://www.stmug.bayern.de/umwelt/elektromog/index.htm) Wir bitten um freundliche Beachtung. □

### Vorschau auf GZ 4

In unserer Ausgabe Nr. 4, die am 11. Februar erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT für die Kommunalverwaltung
- Technik und Ausstattung für Kommunen
- Kommunaler Umweltschutz
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte

## LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

### Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

### Abzeichen

FAHNEN KOCH GMBH  
COBURG  
FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
eMail info@fahnen-koch.de

### Ankauf / Briefmarken

**Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache**  
Briefmarkenauktionshaus Schulz  
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

### Aussenmöblierung

**BECK**  
Möblierung für Aussen  
• Abfallbehälter  
• Absperrpfosten  
• Fahrradständer  
• Sitzbänke u.a.  
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden  
Telefon 071 95 / 69 33 00 · Fax 071 95 / 69 33 33  
[www.beck-aussenmoebliierung.de](http://www.beck-aussenmoebliierung.de)

### Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH GMBH  
COBURG  
FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
eMail info@fahnen-koch.de

### Fahnenmasten/Fahnen

**Knödler**  
Hugo Knödler GmbH  
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT  
Telefon 07151-995160  
Telefax 07151-995166  
e-Mail info@hugo-knoedler.de  
Internet: www.hugo-knoedler.de

### Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

### Geschenke für Neugeborene

**kerler**  
Alles in Textil ..... bestickt — gewoben —  
bedruckt — individuell gefertigt !  
z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt  
als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters  
Kerler GmbH  
Schwanthaler Straße 100, 80336 München  
Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587  
post@kerler.de [www.kerler.de](http://www.kerler.de)

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:  
**Telefon (0 8171) 93 07-13**

### Kindergarteneinrichtungen

**eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG**  
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen  
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199  
E-Mail [eibe@eibe.de](mailto:eibe@eibe.de) · [www.eibe.net](http://www.eibe.net)  
**Entdecke die Welt des Spielens**

### Inserieren bringt Erfolg!

[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

### Schacht-Ausrüstungen

**Hailo**  
Schachtdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme  
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger  
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

### Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

**eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG**  
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen  
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199  
E-Mail [eibe@eibe.de](mailto:eibe@eibe.de) · [www.eibe.net](http://www.eibe.net)  
**Entdecke die Welt des Spielens**

### Sportgeräte

[www.benz-sport.de](http://www.benz-sport.de)  
ORIGINAL  
**BENZ**  
SPORT  
Tel. 07195/69 05-0 · Fax: 07195/69 05-77 · [info@benz-sport.de](mailto:info@benz-sport.de)

### Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Winterdienststechnik, die begeistert — weltweit!  
**Gmeiner**  
Gmeiner GmbH  
Daimlerstraße 18  
92533 Wernberg-Köblitz  
Tel.: +49 (9604) 93267-0  
[www.gmeiner-online.de](http://www.gmeiner-online.de)

### Wartehallen/Außenmöblierungen

**LANGER**  
Wartehallen  
38685 Langelsheim · [www.langer-georg.de](http://www.langer-georg.de)  
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG